



Unser Land modern und sozial gerecht gestalten



Argumente

Anträge

Aussichten



Landtags-
Fraktion

Baden-
Württemberg



SPD

Herausgeber:	SPD-Landtagsfraktion Konrad-Adenauer-Str. 12 70173 Stuttgart Tel. 0711 2063-728/711 Fax 0711 2063-710/714 zentrale@spd.landtag-bw.de www.spd.landtag-bw.de
Verantwortlich:	Martin Körner
Konzept & Redaktion:	Martin Mendler
Texte:	Sebastian Altemüller, Dr. Horst Glück, Raiko Grieb, Dr. Andreas Grünupp, Michael Mayer, Nils Opitz-Leifheit, Gitte Schwarzer, Helmut Seidel
Internet:	Martin Mendler
Assistenz:	Thomas Fuß
Gestaltung & Herstellung:	Werbeagentur KNOW-HOW, Herrenberg
Bildnachweise:	Panthermedia: M. Berg, R. Kneschke, T. Lammeyer, J. Wulf, J. Alonso, S. Schritt, U. Heinelt, M. Kauf, W. Pilsak, R. Karschti, B. Kröger, K. von Aspern, K. Eckhardt, G. Georgiew, H. Richter, U. Jacobs, D. Jehring, P. Fischer, D. Zitto, M. Boschi, S. Seemann, S. Schaefer, C. Torenz, H. Pflieger, H. Bechheim, L. Banneke- Wilking, M. Berg, S. Diedrich, F. Keschull, F. Röder, M. Krüttgen, F. Röder, M. Dietrich, A. Greiner Adam, B. Schneider, M. Herby, P. Ramakers, E. Hintz, W. Ise, A. Antl, F. Röder, H. Boekhoff, K. Adler, A. Ludewig, M. Heggie, N. Fingerhut, S. Witter, T. Liebkind, E. Tomasi, Landesmedienzentrum (S. 41), Fotofinder: A1PIX/BRI
Stand:	August 2007 3. völlig überarbeitete, aktualisierte Auflage

Um die Lesbarkeit der Texte zu verbessern und Platz zugunsten einer ansprechenden Gestaltung zu sparen, verwenden wir weitgehend nur die männliche Schreibweise. Wir bitten um Verständnis.

Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information.
Parteien dürfen sie nicht als Wahlwerbung verwenden.

■ Agrarpolitik	Seite	5
■ Arbeitsmarktpolitik	Seite	6/7
■ Ausbildungsplätze	Seite	8/9
■ Daseinsvorsorge	Seite	10
■ Demografischer Wandel	Seite	11
■ Elementarbildung	Seite	12/13
■ Europa	Seite	14
■ Familienpolitik	Seite	15/16
■ Föderalismus	Seite	17
■ Gesundheit	Seite	18
■ Gleichstellung	Seite	19
■ Haushaltskonsolidierung	Seite	20
■ Hochschulfinanzierung	Seite	21/22
■ Individuelle Förderung	Seite	23/24
■ Industriepolitik	Seite	25/26
■ Innere Sicherheit	Seite	27/28
■ Integration	Seite	29
■ Jugendpolitik	Seite	30
■ Klimaschutz	Seite	31/32
■ Kommunalfinanzen	Seite	33
■ Landesstraßen	Seite	34
■ Mittelstand und Handwerk	Seite	35/36
■ Naturschutz	Seite	37
■ Neue Steuerungsinstrumente	Seite	38
■ Öffentlicher Personennahverkehr	Seite	39/40
■ Parlamentsreform	Seite	41
■ Pflege	Seite	42
■ Schienengroßprojekte	Seite	43
■ Schulentwicklung	Seite	44
■ Schulstruktur	Seite	45/46
■ Sportförderung	Seite	47
■ Studiengebühren	Seite	48
■ Tourismus	Seite	49
■ Umweltpolitik	Seite	50/51
■ Unterrichtsversorgung	Seite	52
■ Verbraucherschutz	Seite	53
■ Verwaltungsreform	Seite	54
■ Weiterbildung	Seite	55
■ Wohnungsbau	Seite	56
■ Fraktionsarbeitskreise/Wissenschaftliche Referenten	Seite	57-60
■ Register	Seite	61/62
■ Bestellhinweise	Seite	63

Liebe Leserinnen und Leser,

als führende Oppositionsfraktion im Landtag ist es die vornehmste Aufgabe der SPD, zur Politik der schwarz-gelben Landesregierung klare Alternativen zu formulieren. Wir verstehen uns als gestaltende Kraft, die sich mit der Landesregierung im Wettbewerb um die besseren Lösungswege für Baden-Württemberg befindet.



Wir kommen der klassischen Funktion der Opposition, die Regierung zu kontrollieren, offensiv und hartnäckig zugleich nach. Aber die SPD beschränkt sich keineswegs darauf. Vielmehr wollen wir mit zukunftsweisenden, konstruktiven Politikangeboten den Wandel mitgestalten, modern und sozial gerecht, damit die Menschen auch morgen und übermorgen gerne in diesem Land leben.

Diesen Anspruch dokumentieren wir auch in dieser Broschüre. Sie gibt Ihnen einen Überblick über die Ziele, Forderungen und Initiativen der SPD auf zentralen Feldern der Landespolitik.

Unsere Arbeit konzentriert sich in drei Schwerpunkten: erstens "Bildung, Arbeit und Wirtschaft", zweitens "Kinder, Familie und soziale Gerechtigkeit" und drittens "Handlungsfähiges Gemeinwesen". Die Haushaltskonsolidierung, die erst Spielräume für Zukunftsinvestitionen schafft, ist dabei die themenübergreifende Messlatte. Der rote Faden kann in drei Botschaften zusammengefasst werden:

- Die SPD will, dass sich Leistung lohnt und der soziale Zusammenhalt gestärkt wird;
- die SPD tritt für einen nachhaltigen Fortschritt ein und
- die SPD ist der Garant dafür, dass niemand verloren geht.

Wenn Sie in ein Thema tiefer einsteigen wollen, dann helfen Ihnen die Hinweise auf Parlamentsanträge und auf informative Angebote im Internet. Wir sind dankbar für Ihre kritischen Anregungen. Denn wir wollen unsere Politik im Dialog mit den Menschen in unserem Land weiterentwickeln. Im Impressum, bei den Arbeitskreisen und beim Parlamentarischen Beratungsdienst finden Sie alle Personen und Nummern, die Ihnen für Anfragen offen stehen.

Am meisten würde mich natürlich freuen, wenn Sie uns nach der Lektüre zustimmen: Jawohl, die SPD fährt in Baden-Württemberg einen modernen und sozial gerechten Kurs - zum Wohle unseres Landes und seiner Menschen.

Es grüßt Sie recht herzlich

Ihre
Ute Vogt MdL
Fraktionsvorsitzende

Landwirtschaft stärker ökologisch ausrichten

Die SPD steht für eine Landwirtschaft, die durch die Produktion hochwertiger Lebensmittel und Rohstoffe wie auch durch die Erzeugung von Energie den bäuerlichen Betrieben eine sichere Existenzgrundlage bietet.

Dabei muss die Landwirtschaft stärker ökologisch ausgerichtet werden. Es reicht dabei nicht aus, allein den Anteil des biologischen Landbaus zu erhöhen. Gleichzeitig spielen neue Standbeine für die landwirtschaftlichen Betriebe eine immer größere Rolle: Die Erzeugung von Energie aus Biogas, Holzpellets, Rapsöl und aus Photovoltaik ist schon heute für viele zur zweiten Säule der Existenzsicherung geworden. Aber auch der Vertragsnaturschutz, der sanfte Tourismus sowie die Landschaftspflege haben neben der aktiven Selbstvermarktung der Produkte an Bedeutung gewonnen. Es kommt darauf an, diese Entwicklung zu unterstützen. Rückenwind für eine solche zukunftsfähige Landwirtschaft kommt auch von den EU-Agrarreformen, die dem Landwirt mehr unternehmerische Freiheit geben.

Baden-Württemberg mit seinen kleinen Hofflächen ist auf Qualität, Verbrauchervertrauen und Regionalität der Produkte angewiesen. Schon deshalb verbietet sich der Einsatz der Grünen Gentechnik. Die Landesregierung sollte vielmehr alles unternehmen, um die Gentechnikfreiheit zu fördern. Bislang lässt sie die Bauern und Verbraucher, die diese fragwürdige Technologie mit großer Mehrheit ablehnen, jedoch leider im Stich.



Der Tierschutz in der Nutztierhaltung ist noch nicht zufriedenstellend. Hier müssen einige Regeln nachjustiert werden. Insbesondere die Geflügel- und Schweinehaltung muss artgerechter erfolgen.

Die Erzeugung von Strom und Wärme aus Biogas und anderer Biomasse erfordert eine stärkere Förderung und Beratung vom Land. Ein Kompetenzzentrum mit neutralen Beratungskapazitäten wäre hierfür die richtige Anlaufstelle. Über die L-Bank sollte ein Beteiligungsfonds aufgebaut werden, der Eigenkapital bereitstellt.

Die aktive Vermarktung der hochwertigen und veredelten Agrarprodukte muss endlich auch im Ausland erfolgen, um neue Absatzmärkte zu schaffen. Unsere Produkte sind vielfach so gut, dass sie auch außerhalb des Lands reißenden Absatz finden könnten. Dies gilt für Wein, ebenso für Fleisch-, Milch- und andere Produkte. Land und Bund sind hier in der Pflicht, für ein modernes Marketing zu sorgen.

Internet

www.ml.baden-wuerttemberg.de
Agrarministerium Baden-Württemberg

www.oekolandbau.de
Informationsportal zum Ökolandbau

Parlamentsanträge der SPD

06.03.2007	Drucksache 14/101	Umsetzung der Haltungsverordnung für Legehennen in Baden-Württemberg
01.03.2007	Drucksache 14/997	Ökologischer Landbau in Baden-Württemberg

Beschäftigung gezielt fördern, Arbeitnehmerrechte sichern, Mindestlohn einführen

Der Abbau der Massenarbeitslosigkeit ist und bleibt das zentrale Ziel der SPD. Die im Bundesländervergleich vergleichsweise guten Arbeitsmarktzahlen des Landes dürfen nicht den Blick dafür trüben, dass es auf dem baden-württembergischen Arbeitsmarkt besondere Probleme gibt, die einer spezifischen landespolitischen Antwort bedürfen. So sticht etwa in Baden-Württemberg der vergleichsweise hohe Anteil an An- und Ungelernten unter den Arbeitslosen hervor.

Um diese spezifischen Probleme in den Griff zu bekommen, wurden in Baden-Württemberg seit Anfang der neunziger Jahre die beiden Förderprogramme "Jugend-Arbeit-Zukunft" und "Arbeit und Zukunft für Langzeitarbeitslose" aufgelegt. Diese Förderprogramme ergänzten und erweiterten die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit und die Mittel der Europäischen Union im Rahmen des Europäischen Sozialfonds.

Noch im Jahr 2000 wurden im Rahmen des Programms "Arbeit und Zukunft für Langzeitarbeitslose" in 78 Projekten Beschäftigungsmöglichkeiten für rund 1.900 Langzeitarbeitslose geschaffen. Im Programm "Jugend-Arbeit-Zukunft" fanden in 184 Projekten rund 3.800 Jugendliche eine Beschäftigung.

Von dieser sinnvollen und erfolgreichen Förderung ist infolge des Kahlschlags der Landesregierung nicht mehr viel übrig geblieben. Sie hat die Fördermittel zur beruflichen Eingliederung Arbeitsloser, mit denen die beiden erfolgreichen Programme zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen und von jugendlichen Arbeitslosen finanziert wurden, fast vollständig zusammengestrichen. 1996 stan-



den noch fast 20 Millionen Euro für die Landesarbeitsmarktpolitik zur Verfügung. Im Jahr 2007 ist diese Summe auf einen kümmerlichen Rest von gerade einmal 585.000 Euro zusammengeschrumpft.

Die SPD will der Landesarbeitsmarktpolitik vor diesem Hintergrund neue Impulse verleihen. Oberstes Ziel dabei ist, normale Arbeitsverhältnisse zu schaffen, die sozialversicherungspflichtig und mit allen Rechten und Pflichten ausgestattet sind. Deshalb sollen arbeitsmarktpolitische Maßnahmen nicht von vornherein befristet werden, sondern auch einen mehrjährigen Verbleib ermöglichen. Vorrang genießt jedoch der Übergang in eine Ausbildung (bei Jugendlichen) bzw. in den ersten Arbeitsmarkt. Wir wollen einen Lohn, der über der Armutsgrenze liegt.

Die Landesarbeitsmarktpolitik soll sich auf die Förderung von beschäftigungspolitischen Maßnahmen konzentrieren, in denen der Markt nicht stattfindet bzw. versagt und ein öffent-

licher Bedarf nach einer Dienstleistung bzw. einem Produkt besteht und es Arbeitssuchende gibt, die derzeit nicht im ersten Arbeitsmarkt unterkommen. Beispiele dafür sind der Einkaufsladen in Bereichen, wo sich der Markt zurückgezogen hat, der Begleiter im nächtlichen Disco-Bus, der Wächter im städtischen Parkhaus, der Einsatz im Öko-Bereich oder im Pflegebereich.

Die SPD betrachtet den öffentlich geförderten Arbeitsmarkt nicht als eine Einzelmaßnahme, sondern in konzeptioneller Verflechtung mit anderen Maßnahmen. Tarifautonomie und Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen sorgen für einen fairen Interessenausgleich zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Wir wenden uns deshalb gegen Einschränkungen der Tarifautonomie und gegen den Abbau von Arbeitnehmerrechten. Gesicherte Arbeitnehmerrechte, starke Gewerkschaften und gute soziale Standards sind ein entscheidender Standortvorteil für unser Land.

Eine gute Arbeit verdient auch einen gerechten Lohn. Menschen, die einer Vollzeiterwerbstätigkeit nachgehen, müssen von ihrer Arbeit auch menschenwürdig leben können. Deshalb strebt die SPD gesetzlich festgelegte Mindestlöhne an, die es zum Beispiel in Großbritannien, den Niederlanden, Belgien oder den USA längst gibt.

Internet

www.statistik.baden-wuerttemberg.de/ArbeitsmErwerb/
Daten zu Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg

www.perspektive50plus.de
Portal des Bundesarbeitsministeriums zum Programm für Ältere

www.inqa.de
Gemeinschaftsinitiative aus Bund, Ländern, Sozialpartnern, Sozialversicherungsträgern, Stiftungen und Unternehmen zu guten Arbeitsbedingungen

www.equal.de
Eine aus dem ESF geförderte Initiative zur Bekämpfung von Diskriminierung und Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt

www.arbeitsmarktreform.de
Homepage des Bundesarbeitsministeriums zu den Arbeitsmarktreformen

www.mindestlohn.de
Portal der Gewerkschaften NGG und ver.di zur Einführung eines Mindestlohns

Parlamentsanträge der SPD

27.07.2007	Drucksache 14/1616	Chancengleichheit für Frauen auf dem baden-württembergischen Arbeitsmarkt
29.01.2007	Drucksache 14/849	Baden-Württembergisches Tarifreuegesetz für öffentliche Dienstleistungs- und Bauaufträge

Gute Ausbildung ist die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit

Die Zahlen der amtlichen Statistik belegen es: Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt bleibt für die jungen Menschen weiter unbefriedigend. Einer steigenden Zahl von Bewerbern steht kein adäquates Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen zur Verfügung. In die Übergangssysteme gehen mittlerweile mehr Jugendliche als in eine duale Ausbildung. Diese so genannten "Warteschleifen" sind aber nur Notlösungen, die in der Regel nicht einer von den Jugendlichen gewünschten Berufsausbildung entsprechen. Sie sollten der Vorbereitung auf eine Ausbildung dienen, erweisen sich aber vielfach als verlorene Zeit.

So ist beispielsweise auch das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) zu wenig effizient: nur ca. 20 Prozent eines Jahrgangs schaffen anschließend den Sprung in die duale Ausbildung. Auch die Einstiegsqualifizierung für Jugendliche (EQJ) erreicht nur unzureichend die eigentlich förderungsbedürftigen Zielgruppen, da die Hälfte der Teilnehmer bereits das Abitur oder einen mittleren Bildungsabschluss erreicht hat.

Die Warteschleifen tragen also wesentlich dazu bei, dass die jungen Menschen beim Eintritt in die Ausbildung oder den Beruf immer älter sind. Und die Zahl der Altbewerber - junge Menschen, die sich seit Jahren vergeblich um eine Lehrstelle bemühen - wird immer größer. Damit setzt sich eine bedauerliche Entwicklung fort, die man schon seit Jahren beobachten kann. Diese Situation wird sich in den nächsten Jahren noch zusätzlich verschärfen, wenn die geburtenstarken Jahrgänge und im Jahr 2012 wegen der Umstellung auf das achtjährige Gymnasium sogar



zwei Abiturjahrgänge die Schulen verlassen und auch auf den Ausbildungsmarkt drängen.

Das System der dualen Berufsausbildung verbindet aus Sicht der SPD in idealer Weise theoretisches Lernen mit der betrieblichen Praxis. Diese Partnerschaft zwischen Staat und Wirtschaft garantiert daher einen hohen Qualitätsstandard der Ausbildung. Wenn allerdings die Wirtschaft immer weniger Lehrstellen zur Verfügung stellt und nur noch 28 Prozent aller Betriebe ausbilden, obwohl rund 58 Prozent ausbildungsberechtigt sind, dann bedarf es eines ausreichenden Angebots an alternativen Ausbildungsmöglichkeiten, damit die Betroffenen eine Chance erhalten, sich für eine berufliche Tätigkeit zu qualifizieren.

Hier setzt die SPD an. Wir wollen für alle eine Ausbildung. Unser Ziel ist, jedem ausbildungswilligen jungen Menschen die Chance zu geben, entsprechend seinen Fähigkeiten gefördert und unterstützt zu werden. Zwei Dinge sind dabei vordringlich:

1. Um die hohe Zahl an Altbewerbern abzubauen, fordert die SPD-Landtagsfraktion ein

Programm für zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze. Dafür möchte sie die dem Land zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel der EU (ESF-Mittel) aufstocken und auch Mittel der Bundesagentur für Arbeit einsetzen. Wir unterstützen die dafür notwendigen bundesgesetzlichen Änderungen.

2. Um zu verhindern, dass immer mehr Schulabgänger in den Warteschleifen landen, fordert die SPD eine Ausbildungsplatzgarantie für alle Schulabgänger. Wer keinen betrieblichen Ausbildungsplatz findet, der soll künftig einen außerbetrieblichen Ausbildungsplatz angeboten bekommen. Am Ende der außerbetrieblichen Ausbildung steht eine IHK- oder Handwerkskammerprüfung. Damit führen diese außerbetrieblichen Ausbildungsgänge zum selben Abschluss wie die betrieblichen Ausbildungsgänge im Dualen System.



Parlamentsanträge der SPD

25.07.2007	Drucksache 14/1586	Nutzung der Möglichkeiten aus der Reform des Berufsbildungsgesetzes
24.05.2007	Drucksache 14/1313	Ausbildungsplatzgarantie für alle jungen Menschen in BW durch ein stärkeres Engagement von Wirtschaft und Politik in der beruflichen Ausbildung
18.04.2007	Drucksache 14/1156	Zukünftiger Bedarf an Ausbildungsplätzen in den Jahren 2007 bis 2012
17.10.2006	Drucksache 14/440	Ausbildungs-Perspektiven junger Menschen in Baden-Württemberg verbessern

Internet

www.jobstarter.de
Programm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Förderung von Innovationen und Strukturentwicklung in der beruflichen Bildung

www.bibb.de
Bundesinstitut für Berufsbildung

www.jugend-und-ausbildung.de
Infoportal des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie rund um Bewerbung, Lehre und Berufe

www.berufsbildung.igm.de
Angebot der IG Metall Baden-Württemberg zur beruflichen Aus- und Weiterbildung

www.ausbildung-baden-wuerttemberg.de
Ausbildungsplatzkampagne des Landes Baden-Württemberg

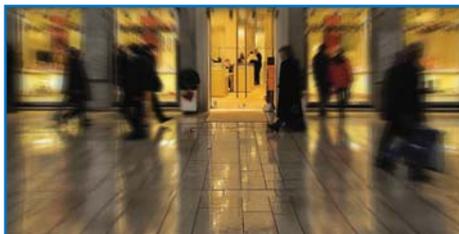
www.arbeitsagentur.de
Bundesagentur für Arbeit - mit allen Partnern vor Ort

Rechte der Kommunen nicht über EU aushebeln

Die SPD-Fraktion setzt sich dafür ein, dass EU-Regelungen nicht das Selbstverwaltungsrecht unserer Städte und Gemeinden untergraben. Im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit ist nach wie vor nicht endgültig geregelt, inwieweit europarechtliche Vorschriften die Kommunen in ihrem Auftrag der kommunalen Daseinsvorsorge einschränken. Die SPD warnt davor, die Ausschreibungspflichten mehr und mehr auszudehnen, wie es in der Vergangenheit verstärkt der Fall war.

Ziel der SPD ist es, dass das in der Verfassung verankerte Recht auf kommunale Selbstverwaltung weiterhin nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der gelebten Wirklichkeit existiert. Dieses Recht ermöglicht es den Städten und Gemeinden, ihre Angelegenheiten eigenverantwortlich wahrzunehmen. Es ist die Entscheidung der Kommunen, ob sie ihre Aufgaben selbst, durch Dritte oder in Zusammenarbeit mit anderen, z. B. durch die Gründung eines Zweckverbandes, wahrnehmen. Gerade Letzteres, die interkommunale Zusammenarbeit, ist Teil der Identität der kommunalen Selbstversorgung in Deutschland.

Diese muss beachtet werden. Die zunehmende Ausweitung der Vergabevorschriften darf die rechtlich abgesicherten Freiräume der Kommunen nicht in Frage stellen. Eine solche Entwicklung könnte dazu führen, dass für kommunale Aufgaben zunehmend ein erheblicher Regelungs- und Kontrollaufwand entsteht. Ferner kämen die Kommunen in die Abhängigkeit



privater Anbieter, was auch schwerwiegende finanzielle Lasten mit sich brächte.

Die EU muss die kommunale Daseinsvorsorge respektieren. Der Einfluss des europäischen Vergabe- und Wettbewerbsrechts und Liberalisierungspläne dürfen nicht unsere Verfassungsprinzipien außer Kraft setzen und die kommunale Selbstverwaltung sowie interkommunale Zusammenarbeit aushebeln. In diesem Sinne macht sich die SPD für eine soziale Zukunftspolitik stark. Die Kommunen haben Anspruch auf Schutz der historisch gewachsenen Rechte, die ihnen in der Verfassung zugesprochen werden.

Internet

www.sgk-online.net

Portal der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik

www.kommunaler-wettbewerb.de

Ergebnisse eines Projektes innerhalb des Netzwerkes "Kommunen der Zukunft"

www.daseinsvorsorge.com

Projekt des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie

Parlamentsantrag der SPD

11.07.2007

Drucksache 14/1510

Die Stellung der Daseinsvorsorge im neuen Grundlagenvertrag der EU

Teilhabe der älteren Menschen verbessern

Das Jahr 2000 markiert für Baden-Württemberg eine demografische Zeitenwende. Seit diesem Jahr leben erstmals in der Geschichte des Landes mehr ältere als jüngere Menschen. Der demografische Wandel ist durch zwei fundamentale Entwicklungen gekennzeichnet: Es werden weniger Kinder geboren als früher und die Lebenserwartung der Menschen nimmt deutlich zu.

Im Ergebnis führt dies zu einem steigenden Durchschnittsalter der Bevölkerung und längerfristig (in Baden-Württemberg deutlich später als im übrigen Bundesgebiet) zu einem Rückgang der Bevölkerung. Der Anteil der älteren Generation wird von 24 Prozent auf 39 Prozent um das Jahr 2050 ansteigen. Dagegen dürfte der Anteil der Jüngeren von heute etwa 21 Prozent auf rund 15 Prozent sinken. Bereits um 2030 wären im Land die unter 20-Jährigen nur noch halb so stark in unserer Gesellschaft vertreten wie die 60-Jährigen und Älteren.

Diese demografische Entwicklung hat Auswirkungen auf nahezu alle Bereiche der Gesellschaft. Für die Politik im Land ist das eine gewaltige Herausforderung. Davon die Augen zu verschließen, wäre verhängnisvoll. Die alternde Gesellschaft bietet aber zugleich völlig neue Chancen, für die alten Menschen selbst wie auch für unser Gemeinwesen insgesamt.

Die Enquetekommission "Demografischer Wandel" des 13. Landtags hat deshalb einen



umfangreichen Katalog von Handlungsempfehlungen erarbeitet. Schwerpunkte dieser Handlungsempfehlungen sind Maßnahmen im Bereich der Bildungspolitik, der Politik für ältere Menschen und der öffentlichen Infrastruktur. Die SPD hat in einem umfangreichen Sondervotum konkrete Vorschläge vorgelegt, wie der demografische Wandel im Land gestaltet werden kann (vgl. Drucksache 13/4900).

Die Landesregierung hat demgegenüber kein Konzept zur Gestaltung des demografischen Wandels. Im Gegenteil. Die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission, die in wichtigen Politikbereichen bereits von der Kommissionmehrheit aus CDU und FDP auf unverbindliche Prüfaufträge beschränkt wurden, werden von ihr weiter verwässert. Dies ist nicht hinnehmbar. Es reicht nicht aus, sich landespolitisch nur auf unverbindliche Absichtserklärungen zu beschränken. Die Ernennung einer für dieses Thema zuständigen Staatsrätin ist vor diesem Hintergrund nur folgenlose Symbolpolitik.

Internet

www.landesseniorenrat-bw.de

Landesseniorenrat Baden-Württemberg

Parlamentsantrag der SPD

09.12.2005

Drucksache 13/4900

Bericht und Empfehlungen der Enquetekommission "Demographischer Wandel", S.275ff.

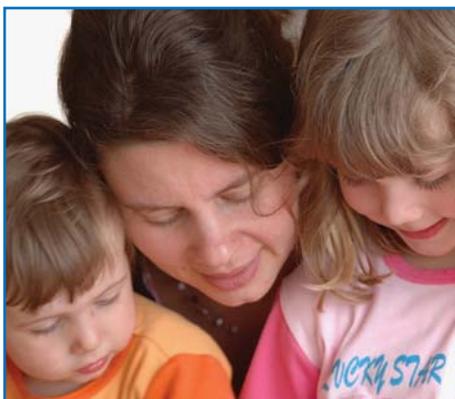
Auf den Anfang kommt es an

Die Grundlagen für den Bildungserfolg werden in den ersten Lebensjahren gelegt. Deswegen müssen alle die gleichen Chancen erhalten, am Bildungsprozess teilzuhaben - von Anfang an und unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Vor diesem Hintergrund möchte die SPD die Elementarbildung konsequent aufwerten. Die Kindergärten und die weiteren Tageseinrichtungen für Kinder haben einen eigenständigen Bildungsauftrag, der gestärkt werden muss.

Für die konsequente Aufwertung der Elementarbildung bedarf es eines umfassenden Bildungskonzeptes für alle Tageseinrichtungen und für alle Kinder bis zum Schuleintritt. Die SPD will:

- den Rechtsanspruch auf ein Ganztagesangebot für alle Kinder vom 1. Geburtstag bis zum Schuleintritt ab 2010 durchsetzen. Dadurch erhalten die Eltern verlässliche Rahmenbedingungen.
- die professionelle Sprachförderung im Kindergarten von Beginn an. Dadurch werden bestehende Sprachdefizite früh ausgeglichen.
- schrittweise die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher den europäischen Standards anpassen. Dadurch ist die qualitativ hochwertige Förderung der Kinder gewährleistet.
- schrittweise den Kindergarten beitragsfrei stellen. Dadurch werden Familien mit Kindern entlastet und ein verbindlicherer Übergang vom Kindergarten in die Schule hergestellt.

Diese Maßnahmen zur Stärkung der Elementarbildung sind ein wirkungsvoller Schlüssel, um die Bildungs- und damit Zukunftschancen aller Kinder zu verbessern und die Integration von



Kindern aus sozial benachteiligten und bildungsfernen Familien zu verbessern.

Nach den Plänen der Landesregierung soll der Orientierungsplan erst zum Kindergartenjahr 2009/10 eingeführt werden. Mehr als drei Altersjährgängen, also über 350.000 Kindern, werden damit weitere Bildungschancen vorenthalten. An den Kosten der Umsetzung des Orientierungsplans muss sich das Land beteiligen. Vor allem bei der Fortbildung der Erzieherinnen steht das Land in der Pflicht.

Internet

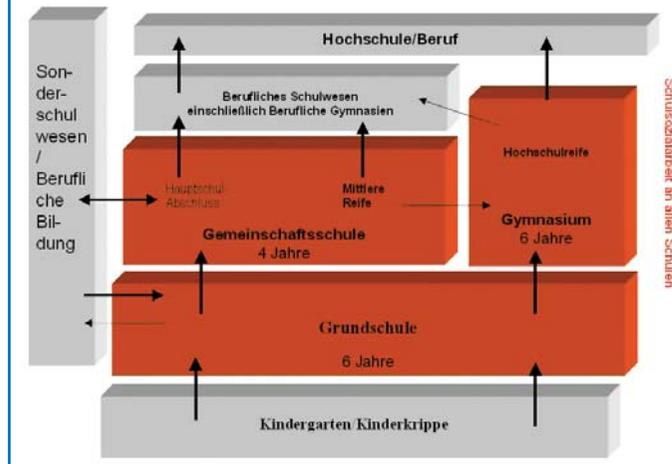
www.erzieherinnenausbildung.de
Forum für die Ausbildung von Erzieherinnen

www.kindergaerten-bw.de
Informationen des Kultusministeriums zu den Kindergärten in Baden-Württemberg

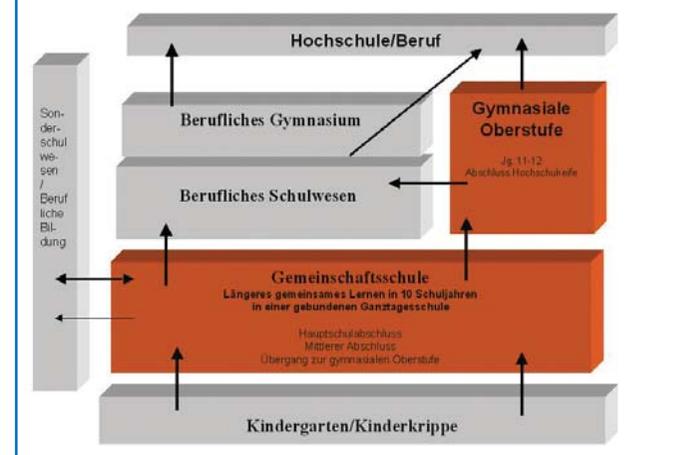
www.bildungserver.de
Gigantisches Bildungsportal - auch jede Menge Material zur Elementarbildung

www.ler-kita-bw.de
Landeselternrat Kindertagesstätten

Das SPD-Konzept der (vorübergehenden) Zweigliedrigkeit



Das SPD-Konzept der 10-jährigen gemeinsamen Schulzeit



Parlamentsanträge der SPD

19.06.2007	Drucksache 14/1402	Bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit in Baden-Württemberg
28.03.2007	Drucksache 14/1091	Sprachförderkonzept der Landesregierung
08.11.2006	Drucksache 14/527	Finanzierung von Kindertageseinrichtungen mit gemeindeübergreifendem Einzugsgebiet

Soziale Dimension Europas stärken

Baden-Württemberg ist noch stärker als Deutschland insgesamt aufgrund seiner Exportstärke wirtschaftlich mit Europa verflochten. Auch wegen seiner Grenzlage ist unser Land mit dem europäischen Gedanken in besonderer Weise verbunden.

Die interregionale Zusammenarbeit Baden-Württembergs mit anderen Regionen und Ländern in Europa hat im Laufe der letzten Jahrzehnte eine Reihe von Gremien und Kooperationsformen hervorgebracht, die heute an die veränderten Anforderungen eines erweiterten Europas angepasst werden müssen. Dies gilt zum einen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein, Hochrhein und Bodensee. Aber auch die so genannte kleine Außenpolitik Baden-Württembergs muss neu gestaltet werden. Dies gilt zum einen für das regionale Kooperationsmodell "Vier Motoren für Europa" mit Katalonien, Rhône-Alpes und der Lombardei. Zum anderen muss das Osteuropakonzept der Landesregierung auf neue Beine gestellt werden.

Die SPD sieht Baden-Württemberg auch in der Verantwortung für ein soziales Europa. Die Europäische Union darf kein Schauplatz für



Arbeitsplatzverlagerung in Billiglohnländer und des Wettbewerbs um niedrige Löhne und Sozialdumping sein. Die Europäische Union wird bei den Menschen nur Zustimmung finden, wenn sich zum wirtschaftlichen Erfolg auch die Bewahrung sozialer Standards für die Arbeitnehmer gesellt.

National gewachsene Strukturen der Daseinsvorsorge und der gemeinwohlorientierten Regulierung von sensiblen Bereichen dürfen nicht durch ein rein ökonomisch ausgerichtetes Einheitsraster der EU-Kommission zerschlagen werden. Dazu gehören der Fortbestand kommunaler Unternehmen, etwa bei Strom, Wasser und Nahverkehr, ebenso wie das Sparkassenwesen, der öffentlich-rechtliche Rundfunk und das staatliche Wettmonopol. Die EU sollte nicht versuchen, in diese historisch gewachsenen nationalen Besonderheiten hineinzuregieren, denn sie unterliegen dem Subsidiaritätsprinzip und berühren nicht Regelungskompetenzen auf europäischer Ebene.

Parlamentsanträge der SPD

11.07.2007	Drucksache 14/1510	Die Stellung der Daseinsvorsorge im neuen Grundlagenvertrag der EU
04.07.2007	Drucksache 14/1482	Besondere Anliegen der Bundesländer bei der Reform der EU
10.05.2007	Drucksache 14/1225	Das 7. Europäische Forschungsrahmenprogramm und seine Auswirkungen auf Baden-Württemberg
15.03.2007	Drucksache 14/1055	Die Partnerregionen des Landes und der Kooperationsverbund "Vier Motoren für Europa"

Entscheidung junger Menschen für ein Leben mit Kindern erleichtern

In Baden-Württemberg leben zurzeit rund 1,7 Millionen Familien mit Kindern. Die überwiegende Zahl dieser Familien, rund 1,3 Millionen, sind Ehepaare mit Kindern. Hinzu kommen noch rund 300.000 Alleinerziehende und knapp 70.000 nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern. In Baden-Württemberg sinkt die Zahl der Kinder. Noch im Jahr 2000 wurden pro Jahr rund 106.000 Kinder geboren. Heute ist diese Zahl auf rund 94.000 im Jahr gesunken. In den nächsten zwanzig Jahren wird der Anteil der Kinder von heute 15,4 auf 12,7 Prozent sinken.

Dies darf indessen nicht tatenlos hingenommen werden. Die SPD will, dass sich in Baden-Württemberg mehr junge Menschen als bisher für ein Leben mit Kindern entscheiden. Dazu müssen Bund, Land und Kommunen zusammenwirken. Im Land geht es der SPD darum:

- Die Bildungs- und damit Zukunftschancen der Kinder zu verbessern. Die vorschulische Elementarbildung muss gestärkt werden. Im Kindergarten werden die Grundlagen für einen erfolgreichen Schulbesuch gelegt.
- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Dazu muss das Betreuungsangebot, insbesondere für Kleinkinder, massiv ausgebaut werden. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder vom 1. Geburtstag bis zum Schuleintritt ab dem Jahr 2010 durchsetzen.
- Kinder aus sozial benachteiligten Familien besser zu integrieren. Dazu muss vor allem die Sprachförderung im Kindergarten verbessert werden. Um Barrieren beim Zugang zum Kindergarten abzubauen, wollen wir den



Kindergartenbesuch, beginnend mit dem letzten Kindergartenjahr, schrittweise beitragsfrei stellen. Im letzten Jahr vor der Einschulung wollen wir den Kindergartenbesuch zur Pflicht machen.

- Kinder- und Familienarmut zu vermeiden. Das neue Elterngeld stellt einen wichtigen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Vermeidung von Familienarmut dar. Ergänzend dazu leistet das Landeserziehungsgeld einen wichtigen Beitrag. Das Landeserziehungsgeld erhalten nur Familien mit geringem Einkommen. Die SPD will diese gezielte Hilfe für einkommensschwache Familien deshalb beibehalten und lehnt Pläne zur Umschichtung dieser Mittel für andere Zwecke ab, weil sie sozial ungerecht sind und vor allem sozial schwache Familien benachteiligen.

Bund, Länder und Kommunen müssen diese Zukunftsaufgaben gemeinsam meistern. Deutschland gibt im internationalen Vergleich nicht zu wenig Geld für Familien aus, teilweise aber an der falschen Stelle. Die SPD hat dazu ein klares Finanzierungskonzept vorgelegt.

- Die Einsparungen beim Kindergeld aufgrund sinkender Kinderzahlen sollen vollständig in die Finanzierung der neuen Betreuungsangebote fließen.
- Die nächste Erhöhung des Kindergeldes soll ausgesetzt werden; das Kindergeld wird aber nicht gekürzt.
- Der steuerliche Betreuungsfreibetrag soll um 300 Euro sinken.
- Das Ehegattensplitting soll so umgestaltet werden, dass Steuervorteile für gut verdienende Ehepaare künftig begrenzt werden.

Dadurch werden Finanzmittel zum Ausbau des Kinderbetreuungsangebots in Baden-Württemberg frei. Dies ist auch dringend notwendig, denn es fehlen Betreuungsplätze. Gegenwärtig gibt es in Baden-Württemberg nur für knapp 9 Prozent aller Kleinkinder einen Betreuungsplatz. Um unser Ziel, einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag zu erreichen, brauchen wir für rund die Hälfte aller Kleinkinder einen Betreuungsplatz. Mit dem von der SPD vorgelegten Finanzierungskonzept ist dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen.

Im Gegensatz dazu sind die familienpolitischen Pläne der Landesregierung mutlos. Sie will das Platzangebot für Kleinkinder nur auf

20 Prozent erhöhen. Dies ist jedoch nichts anderes als die Umsetzung der seit längerem geltenden Vorgaben des Kinder- und Jugendhilferechts, das bereits jetzt Eltern unter bestimmten Voraussetzungen bis zum Jahr 2010 einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz einräumt.

Hinzu kommt, dass die Landesregierung die Kommunen in unserem Land bei diesem Ausbau finanziell im Regen stehen lässt. Das Land unterstützt die Kommunen bei diesem Ausbau nur mit einem lächerlich geringen Zuschuss in Höhe von 10 Prozent pro Platz. Die SPD will dagegen, dass dieser Landeszuschuss auf 30 Prozent verdreifacht wird. Nur mit einem solchen deutlich erhöhten Finanzierungsbeitrag wird das Land seiner familienpolitischen Verantwortung gerecht.

Internet

<http://familienpolitik.spd.de>
Argumente zur Familienpolitik der SPD

www.familien-wegweiser.de
Alles was Familien über staatliche Leistungen wissen müssen

Parlamentsanträge der SPD

19.06.2007	Drucksache 14/1402	Bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit in Baden-Württemberg
17.01.2007	Drucksache 14/809-5	Haushalt 2007 und 2008; Einzelplan 09 Ausbau des Betreuungsangebots für Kleinkinder, Umwidmung von freien Mitteln aus dem Landeserziehungsgeld
20.06.2006	Drucksache 14/30	Vorhaben der Landesregierung zum Ausbau des Kleinkindbetreuungsangebots

Eigenstaatlichkeit der Länder untermauern

Bei der Reform der bundesstaatlichen Ordnung kommt es darauf an, die Eigenständigkeit der Länder zu bekräftigen. Im Kern ging es bei der 2006 beschlossenen Föderalismusreform I um die Stärkung der parlamentarischen Demokratie, die Entflechtung der politischen Zuständigkeiten und Entscheidungen, die Wiederbelebung der eigenständigen Rechte der Landtage sowie um mehr Transparenz und Bürgernähe.

Die zweite Föderalismusreform zu den Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern verfolgt das Ziel, die Finanzautonomie der Länder zu stärken und gemeinsame Regeln zur Eindämmung der überbordenden Staatsverschuldung zu finden.

In Deutschland verfügen die Kommunen, die zur Staatlichkeit der Länder gehören, über eigene Steuergestaltungsrechte, beispielsweise über Hebesatzrechte bei der Gewerbe- und Grundsteuer. Die Länder haben jedoch nach wie vor keine eigenen steuerlichen Gestaltungsrechte, selbst nicht bei den Steuern, deren Aufkommen ihnen vollständig zusteht, beispielsweise die Erbschaftssteuer und die Kfz-Steuer.

Im Zuge der Föderalismusreform II strebt die SPD Hebesatzrechte für die Länder bei der Einkommensteuer und bei denjenigen Steuern an, deren Aufkommen allein den Ländern zusteht. Dieser neue Gestaltungsspielraum darf sich nicht auf den Länderfinanzausgleich auswirken, damit das Aufkommen garantiert bleibt und ein schädliches Steuerdumping verhindert wird.



Bei den neuen Verschuldungsregeln müssen neue allgemein verbindliche Kriterien für Schuldenobergrenzen gefunden werden. Die bisherige einfache Erklärung der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zur Begründung von Schuldaufnahmen über die Investitionsausgaben hinaus muss eingeschränkt werden. Die Beschränkung der Schuldaufnahme durch die Maastricht-Kriterien sollte überdies auch für die Bundesländer Anwendung finden.

Mit einer mutigen Föderalismusreform II zu den Finanzbeziehungen wäre die bundesstaatliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland rundum erneuert und die Eigenstaatlichkeit der Länder auch in der Praxis wieder hergestellt und mit politischem Leben erfüllt.

Internet

www.bundesregierung.de
Hier findet man alle wichtigen Dokumente zur Föderalismusreform I und II

Antragsstau bei Krankenhausbau auflösen

Zwar ist Gesundheitspolitik in erster Linie Sache des Bundes, aber auch im Land fallen auf diesem Gebiet wichtige Entscheidungen. So ist die Förderung des Krankenhausbaus mit insgesamt 357 Millionen Euro einer der größten Investitionsposten im Landeshaushalt. Zudem gehört es zu den Aufgaben des Landes, eine flächendeckende bedarfsgerechte Krankenhausversorgung zu gewährleisten. Diese Krankenhausplanung steht gegenwärtig vor großen Herausforderungen. Durch die Einführung des Fallpauschalensystems wird die Vergütung der Krankenhausbehandlung auf eine völlig neue Grundlage gestellt. Damit verändern sich die finanziellen Rahmenbedingungen für unsere Krankenhäuser grundlegend. Es wird deshalb zu spürbaren Veränderungen unserer Krankenhausinfrastruktur kommen, auf die sich die Krankenhausplanung im Land einstellen muss.

Der Wandel der Krankenhausinfrastruktur im Land hat auch erhebliche Folgen für den Investitionsbedarf unserer Krankenhäuser. Der notwendige Umbau und Neubau von Krankenhäusern erfordert in den nächsten Jahren Investitionsmaßnahmen in erheblichem Umfang. Die SPD kritisiert, dass die Krankenhausplanung der Landesregierung diesem Umstand bisher nicht ausreichend Rechnung trägt. Im Gegenteil: Die Investitionsförderung des Landes ist seit Jahren unzureichend. Gegenwärtig stauen sich die Anträge bei Maßnahmen, die die Landesregierung selbst für dringlich erachtet, auf rund 1,125 Milliarden Euro.



Deshalb fordert der Bericht der von der Landesregierung selbst eingesetzten Expertenkommission "Zukunft der Krankenhausstruktur Baden-Württemberg" völlig zu Recht die Höhe der Investitionsförderung dem Finanzbedarf anzupassen. Dem ist die Landesregierung jedoch bisher nicht nachgekommen. Die leichte Anhebung der Fördermittel hat lediglich Kürzungen aus den Vorjahren wieder rückgängig gemacht. Die SPD will demgegenüber sicherstellen, dass ausreichend Investitionsmittel zur Verfügung gestellt werden, damit sich der Antragsstau zügig abbauen lässt.

Internet

www.bwkg.de
Krankenhausgesellschaft

www.geqik.de
Qualitätssicherung im Krankenhaus

www.aok-bw.de
AOK Baden-Württemberg

Parlamentsantrag der SPD

27.03.2007 Drucksache 14/1085

Versorgungssituation in der stationären und teilstationären Kinder- und Jugendpsychiatrie in Baden-Württemberg

Konkrete Maßnahmen für Chancengleichheit

Das Grundgesetz gibt vor, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern und auf die Beseitigung von bestehenden Nachteilen hinzuwirken. Die Landesregierung vernachlässigt seit Jahren diesen Gleichstellungsauftrag. In der Frauenpolitik des Landes ist eine anhaltende Stagnation zu verzeichnen. Längst überfällige frauenpolitische Reformschritte werden seit Jahren verschleppt.

So beschränken sich die von der Landesregierung in ihrem Aktionsprogramm Chancengleichheit 2006-2011 angekündigten gleichstellungspolitischen Maßnahmen lediglich darauf, Informationen zur Verfügung zu stellen, Fachtagungen und Kongresse durchzuführen und Berichte herauszugeben. Ansonsten erschöpft sich die Gleichstellungspolitik der Landesregierung darin, unverbindliche Empfehlungen zu geben oder so genannte "Good-Practice-Beispiele" zu sammeln. Wegen dieser Unverbindlichkeit hat der Landesfrauenrat dieses Aktionsprogramm völlig zu Recht heftig kritisiert und die Landesregierung aufgefordert, endlich konkrete Maßnahmen zu ergreifen.

Es ist auch aus Sicht der SPD völlig unangemessen, in einem auf die ganze Legislaturperiode angelegten Aktionsprogramm weder Aussagen über dessen Konkretisierung, die zur Verfügung gestellten Mittel noch über die Nachhaltigkeit der Umsetzung der gleichstellungspolitischen Maßnahmen zu treffen.



Schließlich gibt es in der Gleichstellungspolitik genügend Felder, auf denen nicht unverbindliche Ankündigungen, sondern konkrete Taten gefordert sind. So gilt das baden-württembergische Frauenfördergesetz für den öffentlichen Dienst im Gegensatz zu den Gesetzen anderer Bundesländer für den kommunalen Bereich nur sehr eingeschränkt. Die SPD fordert seit langem, dass die Stadt- und Landkreise und die Gemeinden mit mehr als 8.000 Einwohnern uneingeschränkt in den Geltungsbereich des Gesetzes einbezogen werden.

Auch beim Kommunalwahlgesetz besteht gleichstellungspolitischer Handlungsbedarf. Die SPD plädiert seit langem dafür, Quotierungsvorschriften gesetzlich zu verankern. Dies soll Parteien und Wählervereinigungen mit sanftem Druck ermutigen, sich verstärkt um die Nominierung von Frauen auf den Kommunalwahllisten zu kümmern und deren Wahlchancen durch vordere Plätze zu erhöhen.

Internet

www.frauen-aktiv.de
Frauenportal des Sozialministeriums BW

www.landesfrauenrat-bw.de
Landesfrauenrat Baden-Württemberg

Parlamentsantrag der SPD

23.11.2006 Drucksache 14/612

Kritik des Landesfrauenrates am Aktionsprogramm Chancengleichheit 2006 bis 2011

Mit weniger Personal aus der Schuldenfalle

Baden-Württemberg ist hoch verschuldet: Mitte 2007 mit rund 44 Mrd. Euro. Der jährliche Schuldendienst beträgt allein für Zinsen über 2 Mrd. Euro. Ohne diese Last könnte das Land jedes Jahr 2 Mrd. Euro mehr in politische Zukunftsbereiche investieren. Der Marsch in die Schuldenfalle muss also gestoppt werden. Es gibt keine vernünftige Alternative zu einem im Normalfall ausgeglichenen Landeshaushalt. Ohne strukturelle Veränderungen im Etat wird dies jedoch nicht gelingen.

Die Personalausgaben belaufen sich auf über 40 Prozent der Ausgaben insgesamt. Deshalb ist eine Neustrukturierung der Ausgabenseite mit dem Ziel der Nullverschuldung nicht ohne Einsparungen beim Personal möglich. Die Landesregierung sollte mit gutem Beispiel vorangehen: Das Landwirtschaftsministerium könnte auf das Wirtschafts- und das Umweltministerium aufgeteilt und das Kultusministerium mit dem Wissenschaftsministerium verschmolzen werden. In der allgemeinen Landesverwaltung sollten die Regierungspräsidien abgeschafft und die Landkreise durch größere Regionalkreise ersetzt werden. So kann mittelfristig der Personalbestand deutlich verkleinert werden.

Das Land sollte seine Ausgaben zur Förderung der Landwirtschaft an die abnehmende wirtschaftliche Bedeutung des Agrarsektors anpassen.



sen. Dies gilt für die Agrarförderprogramme und für den hohen Personalbestand im Landwirtschaftsministerium. Unsinnige und immens teure Prestigeprojekte wie die generelle Einführung neuer Steuerungsinstrumente (NSI) passen nicht zu einer sparsamen Haushaltsführung. Dies gilt auch für die jahrelange Selbstbeweihräucherung der Landesregierung mit ihrer Imagekampagne.

Auch auf der Einnahmeseite sind, soweit sie das Land beeinflussen kann, Verbesserungen notwendig. Das Land ist mit 40 Prozent und einem Kapitaleinsatz von rd. 4 Mrd. Euro an der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) beteiligt. Trotz hervorragender Ertragslage der Bank erhält das Land bislang lediglich eine jährliche Ausschüttung von 27 Mio. Euro. Die Landesregierung, die zusammen mit der Stadt Stuttgart die Mehrheit bei der LBBW hält, sollte deshalb eine höhere Ausschüttung einfordern.

Auch bei der Steuerverwaltung sind Verbesserungen möglich. Mit mehr Personal könnte die Besteuerungspraxis verbessert werden und mehr Geld in den Steuersäckel fließen.

Parlamentsanträge der SPD

08.05.2007	Drucksache 14/1221	Aufgabenanfall und Personaleinsatz in der Steuerverwaltung des Landes
07.02.2007	Drucksache 14/906-1	Haushalt 2007/2008: Schaffung von zusätzlichen Planstellen und Ausbildungsstellen in der Steuerverwaltung

Solidarität ist keine Einbahnstraße

Bereits 2004 betrug der Sanierungsrückstand an den baden-württembergischen Universitätsbauten 2,4 Milliarden Euro. Die Universität Konstanz schließt traditionell aus Spargründen "zwischen den Jahren" ihre Pforten und an einer anderen Uni sollte der erste Geldsegen aus Studiengebühren gleich verwendet werden, um den Preissprung beim Heizöl zu finanzieren - so sieht entgegen der Schönmalerei der Landesregierung die triste Finanzierungsrealität unserer Hochschulen aus. Und das hat Gründe.

Vor ungefähr zehn Jahren schlossen die Universitätsrektoren mit der Regierung Teufel einen Pakt über die Finanzierung der Universitäten, den sogenannten Solidarpakt. Er sollte für diesen Zeitraum Finanzierungssicherheit garantieren. Im Gegenzug akzeptierten die Rektoren neben anderem die Ablieferung von 1.500 Stellen an den Landeshaushalt. Während die Universitäten sämtliche Verpflichtungen erfüllten, hielt die Landesregierung ihre Zusagen nicht und schmälerte die Etats weiter mit Globalen Minderausgaben und Einsparauflagen.

Jetzt rächte sich, dass die Rektoren sich auf einen Vertrag mit der Regierung eingelassen hatten, der die Rechte des Parlaments de facto aus den Angeln hob. Im Landtag konterte der Minister die Kritik der SPD jedenfalls immer wieder mit dem Hinweis auf die Unterschriften der Rektoren unter diesem Pakt.

Trotz dieser Erfahrungen kam es Anfang März 2007 mit dem Solidarpakt II zu einer Neuauflage, der dieses Mal nicht nur die Universitäten, sondern sämtliche Hochschularten einschließlich der Berufsakademien erfasst.



Wiederum sagt man ihnen bei einer Laufzeit bis 2014 finanzielle Planungssicherheit und den Verzicht auf Kürzungen zu. Andererseits aber werden den Hochschulen und Berufsakademien Beiträge zu einem zentralen Innovations- und Qualitätsfonds abverlangt. Außerdem dürfen die Hochschulen nun erstmals "im Rahmen ihrer Möglichkeiten" einen Eigenanteil zur Finanzierung von Baumaßnahmen beisteuern - bei 2,4 Milliarden Euro Sanierungsrückstand allein an den Universitäten ein Schritt, mit dem die Hochschulen sich für jahrzehntelange Versäumnisse der Landesregierung verhaften lassen.

Die Unterschrift unter diesen Solidarpakt II wurde den Rektoren auch dadurch schmackhaft gemacht, dass darin auch das "Ausbauprogramm 2012" erwähnt ist. Mit diesem Programm sollen bis 2012/2013 rund 16.000 neue Studienplätze geschaffen werden. Allerdings: vom früher angekündigten Finanzierungsanteil der Wirtschaft für dieses Ausbauprogramm ist im Solidarpakt II nichts mehr zu lesen. Die Finanzierungszusage, bis zu 150 Mio. Euro jährlich bis 2012 aus dem Landeshaushalt, ist außerordentlich vage. Denn nicht ohne Grund nimmt die Regierung die Hochschulen in die Verantwortung: falls diese



Mittel nicht ausreichen, werden die Hochschulen selbst dafür zur Kasse gebeten.

Man könnte argumentieren, dass die Rektoren solche weitreichenden Finanzierungsrisiken gegenüber der Landesregierung eingehen können, weil sie andererseits auf den nie versiegenden Einnahmenstrom aus den Studiengebühren vertrauen dürfen, der jetzt pro Jahr 180 Mio. Euro in die Kassen spülen wird.

Voraussetzung dafür wäre allerdings, dass die Hochschulen die Studiengebühren frei verwenden können - genau das aber verhindert die gesetzliche Zweckbindung für die Studiengebühren, die richtigerweise ausschließlich eine Verwendung für die Verbesserung der Studienbedingungen vorsieht.

Es spricht manches dafür, dass die Befürworter von Studiengebühren in CDU und FDP diese Zweckbindung taktisch für notwendig hielten, um die Studiengebühren als Konzept überhaupt durchsetzen zu können. Die SPD wird sehr genau darauf achten, dass die Studiengebühren auch künftig ausschließlich besseren Studienbedingungen zugute kommen. Mit ihnen dürfen jedenfalls nicht irgendwelche Pakte zwischen Wissenschaftsminister und Rektoren finanziert und auch nicht Kürzungsaufgaben des Finanzministers bedient werden.



Internet

www.mwk-bw.de

Homepage des Wissenschaftsministeriums mit Infos und Dokumenten zum Ausbauprogramm "Hochschule 2012"

www.hochschulverband.de

Deutscher Hochschulverband

www.studis.de/lak-bawue/

Landes-Asten-Konferenz

Parlamentsanträge der SPD

18.07.2007	Drucksache 14/1548	Der Solidarpakt Hochschulmedizin und seine Auswirkungen auf Lehre, Forschung und Krankenversorgung an den Universitätskliniken
10.08.2006	Drucksache 14/256	Masterplan der Landesregierung zur "Hochschule 2012"

Niemand darf auf der Strecke bleiben

Bildung kommt bei der Schaffung von Chancengleichheit eine Schlüsselrolle zu. Jedes einzelne Kind muss hierbei ernst genommen werden. Die individuelle Förderung jedes Einzelnen rückt so ins Zentrum des gesamten Bildungswesens. Die SPD setzt darauf, dass Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft individuell gefördert werden.



Schon im Elementarbereich werden die Weichen gestellt. Die Schule als zentrale Bildungseinrichtung muss eine umfassende Grundbildung für alle gewährleisten. Alle Bemühungen müssen sich auf ein individuelles Fördern und Fordern konzentrieren, um einen möglichst optimalen Bildungserfolg für alle Kinder und Jugendlichen zu erreichen. Ein frühes Aussondern der Kinder und ihre Zuweisung zu bestimmten Schultypen nach der 4. Klasse stehen diesem pädagogischen Denkansatz entgegen.

Hat ein Kind Lernschwierigkeiten, so liegt es nach gängiger Auffassung am einzelnen Kind und nicht an der Förderkultur der Schule. Der Satz "Der Schüler X ist an der falschen Schule" fällt nur in einem gegliederten Schulsystem. In einem integrativen System würde man sich die Frage stellen: "Was müssen wir tun, um das Kind besser zu fördern, wo braucht es spezielle Unterstützung?" Wenn niemand mehr "nach unten" durchgereicht werden kann, entsteht eine andere Unterrichtspraxis. Individuelles Fördern und Fordern muss demnach zu einem Strukturprinzip werden.

Für die Schulen hat dies weit reichende Konsequenzen:

- Der Unterrichtsalltag muss sich an den individuell zu definierenden Lern- und Entwicklungszielen orientieren. Die SPD sieht die verschiedenen Fähigkeiten und sozialen Kontexte der Schüler dabei nicht als Problem, sondern als Potential guten Unterrichts.
- Mit dem Verzicht auf das Auslese-Prinzip verlieren Ziffernnoten sowie das Sitzenbleiben ihre Bedeutung. Lernfortschritte können in individuellen Lernstandsberichten viel besser dokumentiert werden.
- Die Ressourcen unterstützender Maßnahmen, die bislang erst nach der Schulzeit ansetzen (z.B. das BVJ), können in das reguläre Schulsystem integriert werden.
- Das Sonderschulsystem kann auf ein Mindestmaß reduziert werden, weil die große Anzahl der betroffenen Kinder und Jugendlichen im jeweiligen Schulkontext individuelle Förderung erfährt.

Ein wichtiger Beitrag zur individuellen Förderung ist auch die Schulsozialarbeit. Für die SPD ist sie Bestandteil schulischen Lernens und Lebens. Deshalb muss sie endlich auch als Landesaufgabe begriffen werden. Leider hat sich die Landesregierung aus der anteiligen Finanzierung völlig verabschiedet.

Eine durch individuelles Fördern getragene pädagogische und didaktische Praxis hat auch weit reichende Konsequenzen für das Lehrerbild und die Aus- und Fortbildung des gesamten pädagogischen Personals.

Die Lehrerbildung muss so reformiert werden, dass die Lehrkräfte auf die vielfältigen Anforderungen an den Schulen ausreichend vorbereitet sind. Bei den gestuften Lehramtsstudiengängen muss der Masterabschluss die Voraussetzung für den Berufseinstieg sein. Im Studium sind die pädagogisch-psychologischen Grundlagenwissenschaften und sowohl die allgemeine als auch die Fachdidaktik zu stärken. Vom Beginn des Studiums an müssen theoretische und berufspraktische Aspekte Hand in Hand gehen.

Nach den Reformplänen der SPD werden an den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen Zentren für Lehrerbildung eingerichtet. Die Lehrerausbildung insgesamt muss mit einer systematisierten und erheblich verstärkten Lehrerfort- und -weiterbildung verknüpft werden.

Um diese Ziele zu erreichen, sind weit reichende organisatorische Veränderungen notwendig: Das Lehrerstudium soll künftig 4-5 Jahre betragen. Dem schließt sich ein einjähriger Vorbereitungsdienst an. Ihm folgt eine

fünfjährige Berufseingangsphase mit verpflichtenden Fortbildungsangeboten.

Wegen der herausgehobenen Bedeutung des Lernens in den ersten Schuljahren wird das bisher verbundene Lehramt an Grund- und Hauptschulen in ein eigenständiges Lehramt an Grundschulen und in ein Lehramt für die Sekundarstufe I getrennt. Auch hier soll die schulische Praxis so früh wie möglich eingebunden sein.

Internet

www.ganztagsschulen.org
Homepage des BMBF - auch zu den Vorteilen von Ganztagschulen

<http://bildungplus.forum-bildung.de/>
Online-Portal zu Bildungsreformen - im Fokus auch: Individuelle Förderung

www.lv-schulsozialarbeit.de
Landesverband Schulsozialarbeit Baden-Württemberg

www.lehrerbildung.de
Neue Website der Zentren für Lehrerbildung in Deutschland

Parlamentsanträge der SPD

12.07.2007	Drucksache 14/1529	Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg
15.05.2007	Drucksache 14/1279	Zukunft der Lehrerbildung und Lehrerversorgung an Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen
07.03.2007	Drucksache 14/1017	Die Schulstruktur in Baden-Württemberg öffnen und flexibler machen

Globalisierung mit innovativen Produkten und qualifizierten Arbeitnehmern meistern

Baden-Württemberg ist das Industrieland schlechthin. Immerhin 1,4 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind hierzulande in der Industrie tätig. Bezogen auf die Zahl der Einwohner sind das 50 Prozent mehr als im bundesweiten Vergleich. Die Industrie ist zugleich der wichtigste Auftraggeber für Mittelstand und Handwerk. Der Maschinenbau, die Automobil- und die Elektroindustrie sind also nach wie vor die Garanten unseres Wohlstands.

Aber der Strukturwandel schreitet voran. Jahr für Jahr gehen Tausende von Arbeitsplätzen für eher gering Qualifizierte verloren. Gleichzeitig nimmt die Beschäftigung zu. Hoch qualifizierte Jobs bleiben auf Wachstumskurs, während es für gering Qualifizierte immer schwerer wird, einen Arbeitsplatz zu finden.

Aufgabe der Landespolitik ist es, diesen Strukturwandel aktiv zu gestalten. Die bereits vorhandenen Stärken müssen wir weiter ausbauen. Regionale Netzwerke zwischen großen und kleinen Betrieben einer Branche, zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen sowie zwischen Wirtschaft und Verwaltung müssen gefördert werden. Es reicht dabei nicht, einmal im Jahr einen Automobilzulieferertag zu organisieren. Die hohe Qualifikation der Arbeitnehmer muss stetig gesteigert werden. Die ständige Weiterbildung der Mitarbeiter muss endlich einen zentralen Stellenwert in der Landespolitik erhalten. Nur so schaffen es die Betriebe, technologisch weltweit führend zu bleiben.

Im globalen Wettbewerb um die besten Produkte und die besten Dienstleistungen kann unser Land nicht auf eine Strategie der



Kostensenkung setzen. Wir müssen besser sein als die anderen, nicht billiger. Forschung und Entwicklung sowie die Förderung neuer Technologien müssen ins Zentrum einer zukunftsorientierten Wirtschaftsförderung rücken.

Gerade der Mittelstand kann sich häufig keine eigenen Forschungsabteilungen leisten. Deshalb ist die Arbeit der wirtschaftsnahen Forschungsinstitute so wichtig. Sie sollen im Auftrag kleiner und mittelständischer Unternehmen arbeiten und den Transfer von Forschungsergebnissen in verkaufbare Produkte bewerkstelligen. Mit Kürzungen bei der Förderung hat sich die Landesregierung deshalb auf einen Irrweg begeben. Hier muss mehr und nicht weniger getan werden. Wir wollen die Steinbeis-Stiftung, das größte Transfer-Netzwerk der Welt, für unsere mittelständische Wirtschaft viel stärker als bisher nutzen.

In keinem anderen Land sind so viele exzellente Großforschungseinrichtungen angesiedelt wie in Baden-Württemberg. Deshalb ist es völlig unverständlich, dass die Landesregierung keinerlei Konzept hat, um aus den hier gewonnenen Erkenntnissen der Grundlagenforschung zeitnah neue Produkte zu gewinnen.

Viel zu viele Patente wandern nach Japan oder in andere Konkurrenzländer Deutschlands bzw. Baden-Württembergs und führen dort zu neuer Wertschöpfung und neuen Arbeitsplätzen. Markante Beispiele aus jüngster Zeit sind hierfür der Flachbildschirm und der MP3-Player.

Wir brauchen endlich verstärkt landespolitische Anstrengungen, um die wertvollen Ergebnisse im Land zu halten und hier umzusetzen. So fordert die SPD gezielte Konzeptionen, die Produktion von Brennstoffzellen oder des Dienstleistungsroboters hier anzusiedeln. Die Voraussetzungen durch unsere Spitzenforschung und Entwicklung sind gut. Man muss nur endlich handeln und darf nicht blind auf die Marktkräfte hoffen.

Grundlage jeden Wirtschaftens ist schließlich eine sichere und nachhaltige Energieversorgung. Bei den deutschlandweit anstehenden Investitionen in neue, moderne Kraftwerke droht Baden-Württemberg durch den Pro-Atomkurs der Landesregierung in Rückstand zu geraten. Die Investitionspläne der EnBW für die Standorte Heilbronn und Karlsruhe bleiben reichlich unkonkret, die kommunalen Stadtwerke kommen bei der Landesregierung kaum vor. Immer mehr verabschieden sich aus Baden-Württemberg und investieren gemeinsam mit anderen Stadtwerken in Nordrhein-Westfalen oder im Saarland.

Die Landespolitik muss das Ruder herumreißen: neue Standorte sind auszuweisen, eine wettbewerbsgerechte Regelung des Wasserpennings muss her und die kommunalen Stadtwerke müssen mit einbezogen werden.

Internet

- www.statistik.baden-wuerttemberg.de/ProdGew/
Daten und Fakten zur Industrie in Baden-Württemberg
- www.lvi.de
Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie
- www.vdew-bw.de
Verband der Elektrizitätswirtschaft
- www.stw.de
Steinbeis-Stiftung für Wirtschaftsförderung

Parlamentsanträge der SPD

06.07.2007	Drucksache 14/1496	Technologieförderung im Land stärken
23.04.2007	Drucksache 14/1174	Satellitennavigationszentrum für Forschung und Wirtschaft in Baden-Württemberg
25.01.2007	Drucksache 14/840	Wasserstoff- und Brennstoffzellenbranche im Land gezielt fördern und unterstützen
24.07.2006	Drucksache 14/176	Innovationspolitik der Landesregierung

Freiheitsrechte der Bürger nicht im Namen der Sicherheit zu Tode schützen

Leitgedanke der SPD ist der soziale Rechtsstaat, der Bürgerrechte und die Freiheit vom Obrigkeitsstaat garantiert. Auch in Zeiten neuer Bedrohungen und gesteigener Terrorgefahr darf man bei der Stärkung der Inneren Sicherheit nicht vergessen, dass nicht die Verteidigung der Bürgerrechte der Rechtfertigung bedarf, sondern deren Einschränkung.

Vor diesem Hintergrund lehnt die SPD gesetzgeberischen Aktionismus ab. Die Annahme, dass mehr Gesetze automatisch auch mehr Sicherheit bewirken, ist ein Trugschluss. Vielmehr bedarf es der besonnenen Analyse, welche Maßnahmen tatsächlich bei der Verhütung und Aufklärung von Verbrechen nützlich sind. Dabei müssen der erhoffte Zugewinn an Sicherheit für alle und die gewünschte Bewahrung von Freiheitsrechten des einzelnen immer sorgfältig gegeneinander abgewogen werden. Der Rechtsstaat darf sich nicht im Namen der Terrorbekämpfung schleichend in einen Präventionsstaat verwandeln. Für die innere Sicherheit dürfen wir keine Instrumente einsetzen, die das untergraben, was sie schützen sollen: den freiheitlichen Rechtsstaat.

Dies gilt sowohl für die Diskussionen auf Bundesebene, wie z.B. dem Bundeswehreininsatz im Inneren, dem vorsätzlichen Abschuss von Flugzeugen oder der Online-Durchsuchung, als auch auf Landesebene, wenn es etwa um die Ausweitung der Videoüberwachung oder die präventive Telefonüberwachung geht.

Die SPD ist der Ansicht, dass es oftmals gar nicht an einer Eingriffsbefugnis der Polizei mangelt, sondern vielmehr schlicht am fehlenden Personal. Nach dem Stellenabbauprogramm im Zuge der Verwaltungsreform wurde



der Nichtvollzugsbereich zur Erwirtschaftung der Effizienzrendite von 20 Prozent bis zum Jahr 2012 verpflichtet. Dies entspricht dem ersatzlosen Abbau von 959 Stellen. Im Vollzugsdienst werden bis 2012 fast 800 Stellen gestrichen.

Die SPD will diese desolante Personalsituation verbessern. Innere Sicherheit nach Kassenlage darf es nicht geben. Die Landesregierung darf die Polizei nicht nur als finanzielle Belastung wahrnehmen, sondern muss sie als Garant unserer Sicherheit unterstützen. Das geringe Einstiegsgehalt, die schlechten Beförderungsaussichten und der zunehmende Respektsverlust lassen die Attraktivität dieses Berufs leider vehement sinken.

Auch im Bereich der Fortbildung besteht dringender Nachholbedarf. Bei neuen Deliktformen im Internetbereich bedarf es spezieller Kenntnisse. Die Polizei darf hier auf keinen Fall abgehängt werden. Ebenso muss die technische Ausstattung auf einen modernen Stand gebracht werden.



Genauso wenig darf die Justiz als wichtiger Garant für die Sicherheit der Bürger aus den Augen verloren werden. Eine angemessene personelle und technische Ausstattung der Gerichte, der Justizvollzugsanstalten und der Gerichtsvollzieher dient dazu, Verfahren zeitnah und mit individueller inhaltlicher Auseinandersetzung abzuschließen. Den Privatisierungstendenzen in diesem Bereich steht die SPD sehr kritisch gegenüber. Wir wollen einen schlanken Staat, der seine hoheitlichen Aufgaben effektiv und zuverlässig wahrnimmt.

Großen Wert legt die SPD darauf, die Bürgerinnen und Bürger bei den Entwicklungen im Sicherheitsbereich mit einzubeziehen. So muss sich die Bevölkerung auf die neuen Gefahrenlagen einstellen, etwa indem sie mit ihren persönlichen Daten - sei es bei einem kommerziellen "Rabattpunktesammelkonto", dem digitalen Fernsehen oder bei Bestellungen im Internet - wesentlich sensibler umgeht und verfügbare Sicherheitsmechanismen anwendet.

Die politische Verantwortung für die öffentliche Sicherheit darf nicht bei der Angst vor terroristischen Anschlägen und der Kriminalität aufhören. Die Menschen werden ebenso von Sorgen um ihren Arbeitsplatz, der Gefährdung ihres Lebensstandards, dem Verfall sozialer Strukturen, ihrer Sicherung im Alter und dem Verlust der natürlichen Lebensgrundlagen umgetrieben. Auch diese Aspekte setzen den

Rahmen für die Verwirklichung von Bürgerrechten, denn sie haben entscheidenden Einfluss, ob sich der Einzelne in der Gesellschaft als selbstbewusster Akteur oder nur als Objekt staatlichen Handelns begreift.



Internet

www.im.baden-wuerttemberg.de
Innenministerium Baden-Württemberg

www.polizei-bw.de
Jede Menge Informationsangebote der Polizei in Baden-Württemberg

Parlamentsanträge der SPD

05.07.2007	Drucksache 14/1488	Straftaten und deren Aufklärung in Abhängigkeit zur Polizeidichte
04.07.2007	Drucksache 14/1483	Altersstruktur und Lebensarbeitszeit bei der Polizei
09.05.2007	Drucksache 14/1239	Umstrukturierungen beim Landeskriminalamt
25.08.2006	Drucksache 14/285	Einsatz privater Sicherheitsdienste im Strafvollzug

Nur wer gut Deutsch kann, wird richtig dazugehören

Baden-Württemberg ist ein Einwanderungsland. Der Anteil der 2,7 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung liegt bei 25 Prozent. Bei den unter 18-jährigen hat sogar jeder Dritte keine ausschließlich deutsche Herkunft.

Wirtschaft und Gesellschaft in Baden-Württemberg sind aufgrund der demographischen Entwicklung dringend darauf angewiesen, die vielfältigen Potentiale unserer Mitbürger mit Migrationshintergrund zu nutzen. Voraussetzung dafür ist eine gelungene Integration. Bildung und Ausbildung spielen hierbei eine prominente Rolle. Klar ist: Integration ist ein beidseitiger Prozess und muss auch in Baden-Württemberg als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden. Denn die Folgekosten einer verfehlten Integrationspolitik wären weitaus höher, als die Kosten frühzeitiger und umfassender Integrationshilfen.

Es muss Schluss sein mit der Vielzahl kurzfristiger, unsicher finanzierter Modellprojekte. Baden-Württemberg braucht ein umfassendes, schlüssiges und nachhaltiges Integrationskonzept. Die Berufung auf den Nationalen Integrationsplan darf nicht zum Feigenblatt werden, der den fehlenden Gestaltungswillen der Landesregierung überdeckt.

Wichtige Bestandteile dieses Konzepts sind eine gezielte Sprachförderung in Schule und Kindertagesstätten, ein verpflichtendes und kostenfreies letztes Kindergartenjahr und ein obligatorischer Sprachtest bereits im Vorschul-



alter. Flankierend ist eine angemessene sprachliche Förderung der Eltern notwendig. Denn die Beherrschung unserer Sprache ist eine Grundvoraussetzung für Bildung und Schlüssel zur Integration. Weiter müssen Lehrer und Erzieher sprachpädagogisch geschult werden und in interkulturellen Fragen angemessene Unterstützung erhalten.

Integration liegt im Interesse aller. In der Bildung, auf dem Arbeitsmarkt oder in den Vereinen. Unser erklärtes Ziel ist es, Chancengleichheit herzustellen, gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe zu garantieren und somit die Entstehung von Parallelgesellschaften zu verhindern.

Internet

<http://links.parsimony.net/links8455/>
Linkliste des Justizministers zur Ausländer- und Integrationspolitik

Parlamentsantrag der SPD

11.10.2006	Drucksache 14/416	Integrationskonzept für Baden-Württemberg
------------	-------------------	---

Kinder und Jugendliche mehr beteiligen

Ziel aller Bemühungen in der Jugendpolitik muss es sein, Kindern und Jugendlichen gute Zukunftschancen zu eröffnen. Jugendpolitik darf aber nicht nur Politik für Jugendliche sein, sie muss Politik mit Jugendlichen sein.

Kinder und Jugendliche sollen bei allen sie betreffenden Fragen beteiligt werden. Dazu gibt es viele Möglichkeiten: in Vereinen und Institutionen, Schule und Jugendarbeit, im kommunalen Bereich wie auf Landesebene. Jugendforen müssen ausgebaut und Jugendgemeinderäte müssen mehr Rechte bekommen, z.B. ein Antrags- oder Rederecht. Die SPD will das Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre absenken.

Unsere Schulen müssen ein zentraler Platz für die Einübung von Demokratie und sozialem Lernen sein. Das heißt aber, dass die Schülermitverantwortung ein stärkeres Gewicht erhält und der Anteil der Schüler in der Schulkonferenz auf ein Drittel erhöht wird.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Kooperationen von Schule und Jugendhilfe im Schulgesetz verbindlich verankert wird. Damit wollen wir erreichen, dass sich schulische und außerschulische Bildung auf gleicher Augenhöhe begegnen. Außerdem können Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung besser miteinander verzahnt werden.

Die außerschulische Jugendbildung und die Jugendarbeit müssen anerkannte Teile der Bildungslandschaft werden. Die Träger benötigen



eine verlässliche Regelfinanzierung statt eines Dschungels unüberschaubarer Projektförderung. Die SPD setzt sich dafür ein, dass das Finanzierungsvolumen für Jugendarbeit und Jugendbildungsstätten sichergestellt wird und der Landesjugendplan als zentrales Finanzierungsinstrument erhalten bleibt.

Die Landespolitik muss ihren durch die Föderalismusreform ausgeweiteten Handlungsspielraum in der Jugendhilfe nutzen. Es gilt, bewährte Strukturen (z.B. Jugendamt, Jugendhilfeausschüsse) zu erhalten und gleichzeitig Rahmenbedingungen für Innovationen zu schaffen. Hierzu sind Landesarbeitsgemeinschaften (LAG Kinderpolitik, LAG Mädchenpolitik und LAG Jungenarbeit) besonders geeignet.

Internet

www.ljrbw.de
Landesjugendring Baden-Württemberg

www.jugendgemeinderat.de
Dachverband der Jugendgemeinderäte

www.jugendserver.de
Infoportal des Bundesjugendrings

Parlamentsanträge der SPD

25.09.2006	Drucksache 14/340	Zuschüsse für Kinder- und Jugendfreizeiten
10.07.2006	Drucksache 14/99	Jugendleitersonderurlaubsgesetz

Erneuerbare Energien ausbauen, Stromfresser zurückdrängen, Atomausstieg umsetzen

Angesichts knapper werdender Ressourcen und dem voranschreitenden Klimawandel kommt dem Umbau der Energiewirtschaft eine Schlüsselrolle zu. Deutschland ist derzeit zu 80 Prozent abhängig von Energieimporten. Wir müssen gleichermaßen wegkommen von den unkalkulierbaren Risiken der Kernenergie mit ihrer Störanfälligkeit und dem nicht befriedigend zu entsorgenden Müll wie von der Verbrennung von Öl, Kohle und Gas mit entsprechender Schädigung der Atmosphäre.

Eine Energieversorgung, die dem Klimawandel entgegenwirkt, uns von Importen unabhängig macht und gleichzeitig eine wirtschaftliche Perspektive durch eine verlässliche und preiswerte Energieversorgung bietet, ist deshalb Ziel der SPD. Die Pfeiler einer künftigen Energieversorgung sind die regenerativen Energien, eine Erhöhung der Energieeffizienz und die Einsparung von Energie.

Baden-Württemberg ist bislang leider keine richtige Stütze dieser Energiewende. Nur unzureichende Programme fördern halbherzig den Einsatz Erneuerbarer Energien. Die Gebäudesanierung wird fast völlig ignoriert. Die Windenergie durch ein restriktives Planungsrecht blockiert. Die kleine Wasserkraft stagniert trotz interessanter Potentiale und die Geothermie wird bloß in Sonntagsreden begrüßt. Anstatt beim Ausbau der Erneuerbaren Energien richtig Gas zu geben, liebäugelt die Landesregierung mit längeren Laufzeiten bei den Atomkraftwerken.

Die SPD will eine Klimaschutz-Offensive des Landes, mit der die CO₂-Emissionen bis 2020 auf 39 Mio. Tonnen gesenkt und damit gegenüber 1990 halbiert werden. Um das Ziel der



CO₂-Halbierung bis 2020 zu erreichen, müssen jedoch neben der konsequenten Fortschreibung der jüngsten Zuwächse in der Photovoltaik, Gebäudesanierung, Benzin- und Dieseleinsparung sowie in der Biomassennutzung zusätzliche Anstrengungen unternommen werden.

Die Biomassennutzung und die Biogaserzeugung gewinnen an Bedeutung. Mit der Errichtung von 1.200 Biogasanlagen von jeweils 1 MW elektrischer Leistung bis 2020 (was etwa 25 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen in Anspruch nehmen würde) lassen sich jährlich 9,6 Mrd. kWh Strom erzeugen, womit sich ein ganzes Atomkraftwerk ersetzen ließe. Ziel der SPD ist ferner, dass bis 2020 auf jedem zweiten Wohnhaus eine solarthermische Anlage installiert ist.

Einen bedeutenden Anteil an der Stromproduktion in Deutschland hat heute bereits die Windenergie, sie erbringt schon einen Anteil von über 7 Prozent. In Baden-Württemberg fristet sie jedoch ein Schattendasein. Allein die Errichtung der Anzahl von Windkraftanlagen bis 2020, die schon heute in Nordrhein-Westfalen stehen, erbrächte eine installierte

Leistung von ca. 4.500 MW und würde gegenüber fossilen Energien 6 Mio. Tonnen CO₂ einsparen. Auch die Erdwärme wird für die Hausbeheizung 2020 eine spürbare Rolle spielen. Es ist realistisch, bis 2020 etwa 50.000 Gebäude mit einer wirtschaftlich attraktiven Erdsondenheizung auszustatten.

Große Potentiale bietet aber auch die Energieeinsparung. Durch die intelligentere Nutzung der Energie, die stärkere Angleichung des Stromverbrauchs an das Angebot, durch virtuelle Kraftwerke, also die gemeinsame Steuerung vieler kleinerer Anlagen, sowie über Stromeinsparung durch effizientere Haushaltsgeräte lassen sich mindestens 10 Prozent des Haushaltstromverbrauches einsparen. Durch strengere Verbrauchsgrenzwerte müssen die Stromfresser Glühbirne und Stand-By-Schaltung zurückgedrängt werden.

Allein 21,8 Mio. Tonnen CO₂-Ausstoß und damit knapp 30 Prozent aller CO₂-Emissionen im Land sind durch den Straßenverkehr bedingt. Doch durch die ökologische Steuerreform, den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs und die optimierte Fahrzeugtechnik konnte seit dem Jahr 1999 ein ständiger Rückgang des Spritverbrauchs verzeichnet werden. Durch weitere Maßnahmen, wie einem Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen

und einer Obergrenze beim Benzinverbrauch, muss dieser Trend gestützt werden.

Die SPD hält es für Unfug, Atomkraft als Retterin in der Klimanot zu preisen. Der Teufel kann schließlich nicht mit dem Beelzebub ausgetrieben werden. Die von der SPD verfochtene Halbierungsstrategie beim Ausstoß von Treibhausgasen beweist, dass wirksamer Klimaschutz bei gleichzeitigem Atomausstieg möglich und machbar ist.

Internet

- www.bmu.de
Bundesumweltministerium
- www.erneuerbare-energien.de
Alles rund um die Energiewende
- www.umweltbundesamt.de
Portal des Bundesumweltamtes
- www.klimaschutz-plus.baden-wuerttemberg.de
Klimaschutz-Förderprogramm des Landes

Parlamentsanträge der SPD

11.07.2007	Drucksache 14/1512	Klimaschutz durch Gebäudesanierung, Einsatz erneuerbarer Energien zur Hausbeheizung und Energieeffizienz
04.04.2007	Drucksache 14/1125	CO ₂ -Ausstoß im Land halbieren - Zukunft sichern und Arbeitsplätze schaffen
28.03.2007	Drucksache 14/1093	Landwirtschaft und Klimaschutz
13.12.2006	Drucksache 14/713	Klimaschutz in Baden-Württemberg
29.09.2006	Drucksache 14/376	Entwicklung und Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung und der Energieeffizienz

Mehrkosten bei neuen Aufgaben erstatten

Die Landesregierung greift für den eigenen Haushaltsausgleich seit Jahren bedenkenlos in die kommunale Finanzausstattung ein und saniert sich auf dem Rücken der Kreise, Städte und Gemeinden. Bereits 2004 erfolgte eine strukturelle Dauerkürzung im kommunalen Finanzausgleich in Höhe von 80 Mio. Euro zu Lasten des ÖPNV, des Straßenbaus und des kommunalen Investitionsfonds, aus dem u. a. die Krankenhäuser und der Schulhausbau finanziert werden.

In den Jahren 2005 und 2006 hat die Landesregierung zusätzlich pro Jahr 350 Mio. Euro gekürzt. Und in den kommenden Jahren geht es so munter weiter: Die Landesregierung hat für 2007 bis 2010 gegenüber den Kommunen durchgesetzt, dass jedes Jahr sogar 405 Mio. Euro gestrichen werden, davon 395 Mio. Euro in der kommunalen Finanzmasse und pauschal weitere 10 Mio. Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich.

Im Gegenzug konnten die Kommunen zumindest erreichen, dass das so genannte Konnexitätsprinzip im Interesse der Kommunen konkreter gefasst wird. Es besagt im Kern, dass bei Aufgabenübertragungen auf die Kommunen durch Landesgesetz das Land den Kommunen die damit verbundenen Mehrkosten erstatten muss. Eine Neuregelung auf diesem Gebiet ist überfällig und wurde von der SPD seit langem gefordert.

Auf Bundesebene hat sich die SPD in der Bundesregierung erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Gewerbesteuer als kommunale Finanzierungsbasis erhalten und verstetigt wird. Im Rahmen der Unternehmenssteuerreform wollten Teile der CDU, an ihrer Spitze Ministerprä-



sident Oettinger, und die FDP die Gewerbesteuer abschaffen und durch ein Zuschlagsrecht auf die Körperschafts- und Einkommenssteuer ersetzen. Dies hätte die Arbeitnehmer weiter steuerlich belastet und die Finanzlage der Kommunen spürbar verschlechtert. Die SPD konnte die Umsetzung dieser kommunalfeindlichen Vorstellungen verhindern.

Mit Blick auf eine verlässliche eigenständige Geldquelle ist es für die Kommunen von zentraler Bedeutung, dass die Gewerbesteuer erhalten bleibt und das Aufkommen durch Veränderungen bei der Anrechnung von Schuldzinsen stabilisiert wird.

Internet

- www.kommunaler-wettbewerb.de/kofi/
Informationen zu Gemeindefinanzen in europäischen Staaten
- www.gpabw.de
Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg mit Daten zu den Kommunal финанzen

Zügig investieren statt kaputt sparen

Die SPD will den Verfall unserer Landesstraßen stoppen. Gerade im ländlichen Raum ist die Landstraße die Lebensader für Wirtschaft und Tourismus. Eine intakte Straßeninfrastruktur stärkt den Mittelstand gerade auch in strukturschwachen Regionen. Denn nur wer seine Produkte auch schnell zum Kunden bringt, hat heute noch eine Chance auf dem Markt.

Die SPD will mehr Gemeinden von Durchgangsverkehr entlasten. Für Ortsumfahrungen soll es mehr Mittel geben, damit das Leben im Zentrum nicht mehr von Lärm und Gestank, sondern von Lebensqualität durch attraktive Dorfkerne geprägt ist.

Die Landesregierung hat sich beim Straßenbau in einen krassen Widerspruch zwischen Wort und Tat verwickelt. Ministerpräsident Oettinger räumte zu seinem Amtsantritt ein, dass die CDU die Probleme im Landesstraßenbau unterschätzt habe und deswegen erheblicher Nachholbedarf bestehe. Trotz dieser Einsicht hat die CDU/FDP-Koalition die Mittel für den Landesstraßenbau seit 2003 um 82,4 Mio. Euro gekürzt.

Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist groß. Nach offiziellen Angaben sind jährlich mindestens 189 Mio. Euro für den Aus- und Neubau sowie den Erhalt der Landesstraßen anzusetzen. Doch im letzten Jahr wurden,



abzüglich von Schuldenbegleichungen, gerade einmal 93 Mio. Euro für die Landstraße aufgewendet. Obwohl die SPD seit langem auf die fahrlässige Unterfinanzierung bei Bau und Erhalt der Landstraßen hinweist, wurden sämtliche SPD-Anträge auf Erhöhung der Mittel im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen von CDU und FDP abgelehnt. So hat sich bis heute eine von der CDU verschuldete Unterfinanzierungslücke von über 1 Mrd. Euro aufgetan.

Wie Landesstraßen im wahrsten Sinne des Wortes kaputt gespart wurden, kann jeder Autofahrer auf vielen Strecken selbst leidvoll erleben. Geschwindigkeitsbeschränkungen wegen Straßenschäden gehören mittlerweile zum gängigen Straßenbild. Und wer fährt schon gern Schlaglochslalom? Deshalb muss das Land beim Landesstraßenbau endlich seine Hausaufgaben machen.

Parlamentsanträge der SPD

27.07.2007	Drucksache 14/1611	Ergebnisse und Anregungen der Kommission Staumanagement zügig umsetzen
26.04.2007	Drucksache 14/1200	Investitionsstau bei Landesstraßen
19.07.2006	Drucksache 14/156	Umsetzung und Fortschreibung des Generalverkehrsplans im Landesstraßenbau

Unseren Jobmotor auf Touren bringen

Es ist längst kein Geheimnis mehr, dass der Mittelstand in Deutschland neben seiner herausragenden Rolle für Innovationen der Jobmotor schlechthin ist. Nicht umsonst titelt auch eine Untersuchung der KfW Bankengruppe aus 2006: "Mittelstand: Jobmotor der deutschen Wirtschaft".

Während Großunternehmen und der öffentliche Dienst im Zeitraum von 2003 bis 2005 in Deutschland zwischen 100.000 und 300.000 Beschäftigte abgebaut haben, schuf hingegen der Mittelstand 400.000 neue Arbeitsplätze.

Wenn es darum geht, neue Arbeitsplätze zu schaffen, sind also die kleinen und mittelgroßen Betriebe die richtigen Ansprechpartner. Sie sind es, welche Unterstützung durch die Landespolitik verdienen, nicht zuletzt weil Handwerker und Mittelständler nach wie vor auch die meisten Ausbildungsplätze anbieten.

Auf Bundesebene sind in den letzten Jahren auf Initiative der SPD die Rahmenbedingungen für Mittelstand und Handwerk spürbar verbessert worden. Allein durch die Steuerreform 2000 wurde der Mittelstand um rund 12 Mrd. Euro überdurchschnittlich entlastet. Auch die Unternehmenssteuerreform der Großen Koalition stärkt seine Eigenkapitalbasis und kommt Investitionen zugute.

Das auf Initiative der SPD 2001 gestartete und 2007 nochmals aufgewertete CO₂-Gebäudesanierungsprogramm unterstützt Mittelstand und Handwerk. Das Programm, dessen Umfang für 2006 bis 2009 insgesamt 5,6 Mrd. Euro beträgt, ist nicht nur für den Klimaschutz gut, sondern wirkt als Konjunkturmotor für mittelständische Bau- und Handwerksbetriebe.



Denn jede investierte Milliarde Euro sichert 25.000 Arbeitsplätze.

Auf Landesebene führt die SPD-Landtagsfraktion diese sinnvolle und erfolgreiche Politik fort. Sie hat hierzu mehrere Initiativen gestartet. So macht sich die SPD mit großem Engagement und breiter Unterstützung von Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und kommunalen Landesverbänden für fairere Wettbewerbsbedingungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge stark. Diese stellen für viele mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe eine wichtige Einnahmequelle dar, die aber immer öfter wegfällt. Denn bei der Vergabe öffentlicher Aufträge konkurrieren sie vermehrt mit Firmen, die durch unanständig niedrige Löhne für ihre Mitarbeiter den Zuschlag erhalten wollen.

Dies will die SPD durch ein Tariftreuegesetz verhindern, das alle öffentliche Auftragnehmer von Bau- und Dienstleistungen verpflichtet, die am Ort jeweils gültigen Tariflöhne zu bezahlen. Darüber hinaus fordert die SPD für die Kommunen mehr Spielraum bei den Wertgrenzen für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an den örtlichen Mittelstand und das Handwerk. Beide Initiativen sind in anderen Bundesländern längst vorhanden und haben sich bewährt.





Auch die Stärkung des mittelständisch geprägten Einzelhandels in den baden-württembergischen Innenstädten gegenüber der Konkurrenz auf der grünen Wiese liegt der SPD am Herzen. Dafür eignet sich ein innovatives städtebauliches Instrument, der sogenannte Business Improvement District (BID).

Hierbei handelt es sich um speziell ausgewiesene umgrenzte Stadtviertel, in denen Ladenbesitzer, Grundstückseigentümer und Vertreter der Kommune gemeinsam Maßnahmen zur Aufwertung eines Quartiers planen und diese durch eine Abgabe auch finanzieren.

Auf diese Weise kann die Standortqualität und damit die Vitalität innerstädtischer Geschäftsquartiere gesichert oder zu neuem Leben

erweckt werden. Die SPD hat die Landesregierung aufgefordert, für BID endlich, wie in anderen Bundesländern bereits geschehen, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Internet

www.handwerk-bw.de
Jede Menge Angebote des Baden-Württembergischen Handwerkstags

www.newcome.de
Existenzgründung und Unternehmensnachfolge in Baden-Württemberg

www.dienstleistungsoffensive.de
Dienstleistungsoffensive des Landes

www.bw.ihk.de
Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag

www.bid-aktuell.de
Plattform der Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing zu Business Improvement Districts

Parlamentsanträge der SPD

29.01.2007	Drucksache 14/853	Arbeitsplätze in Baden-Württemberg sichern: Mehr öffentliche Bauaufträge für den heimischen Mittelstand
29.01.2007	Drucksache 14/849	Baden-Württembergisches Tariftreuegesetz für öffentliche Dienstleistungs- und Bauaufträge
22.11.2006	Drucksache 14/596	Business Improvement Districts (BID): Bürgerschaftliches Instrument zur Stärkung unserer Innenstädte?

Naturparke oft nur Etikettenschwindel

Baden-Württemberg zeichnet sich durch eine reizvolle Landschaft aus und ist überaus reich mit Naturschätzen ausgestattet. Allerdings ist etwa die Hälfte aller vorkommenden Pflanzen- und Tierarten gefährdet.

Mit der Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes hat die rot-grüne Bundesregierung wichtige neue Impulse für den Naturschutz gegeben. Dazu gehört die Chance, einen Biotopeverbund auf mindestens 10 Prozent der Landesfläche einzurichten. Endlich ist auch die Möglichkeit der Verbandsklage gesetzlich eingeräumt. Auch die Möglichkeit für die behutsame Entwicklung eines Nationalparks ist eine wichtige Neuerung.

Doch auf Landesebene wurde der Naturschutz geschwächt: Während zunächst 2002 die Bezirksstellen für Naturschutz stark ausgedünnt wurden, folgte dann ihre endgültige Auflösung und Verteilung auf die Landratsämter und Regierungspräsidien. Damit sind die fachlich sinnvollen Teams aus Spezialisten zerstückelt und gleichzeitig die Naturschutzbehörden in ihrer Unabhängigkeit geschwächt worden.

Die Landesregierung legt den Schwerpunkt auf die Ausweisung von Naturparks. Ein Naturpark ist ökologisch jedoch nur sinnvoll, sofern dies jeweils im Entwicklungsplan festgeschrieben wird und ausreichend Mittel bereitgestellt werden. In den vergangenen Jahren wurden im Land immer mehr Naturparke ausgewiesen: sieben Naturparke nehmen fast 40 Prozent der Landesfläche ein. Eine solche Ausweisung gehorcht eher tourismuspolitischen Interessen. Aus naturschutzfachlicher Sicht ist sie angesichts der knappen Mittel als Etikettenschwindel zu bezeichnen.



Die Umsetzung von NATURA 2000 erfolgt aus Personalmangel und aus Angst vor Interessenkonflikten mit Kommunen und Landwirtschaft sehr schleppend. Selbst die Anmeldung der FFH- und Vogelschutzgebiete kam erst zustande, als die EU-Kommission bereits mit Strafzahlungen drohte.

Die SPD hält die Ausweisung weiterer schutzwürdiger Flächen im Land als Naturschutzgebiete (NSG) und flächenhafte Naturdenkmäler für notwendig. Daneben ist weiterhin die Schaffung eines Entwicklungs-Nationalparks im Schwarzwald unser Ziel. Dies soll die Artenvielfalt schützen und die Attraktivität der Region für den Tourismus im Einklang mit der Natur erhöhen.

Internet

www.naturschutzzentren-bw.de
Naturschutz in Baden-Württemberg

<http://vorort.bund.net/bawue/>
Landesverband des BUND

www.nabu-bw.de
NABU Baden-Württemberg

www.lubw.baden-wuerttemberg.de
Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz

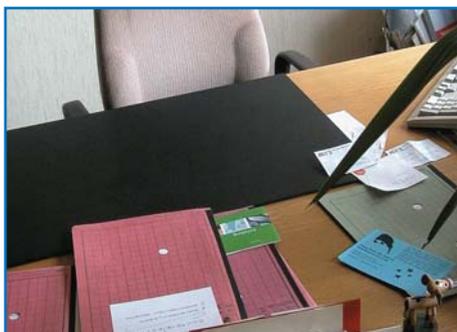
Falscher Ansatz schaufelte Millionengrab

Bei der Einführung neuer Steuerungsinstrumente in der Landesverwaltung (NSI) geht es im Kern darum, dass das herkömmliche Haushaltswesen der öffentlichen Hand, die Kameralistik, ergänzt und teilweise abgelöst werden soll von betriebswirtschaftlichen Elementen, wie sie in der Privatwirtschaft üblich sind. Eine solche Neuausrichtung der öffentlichen Verwaltung ist bundesweit bereits seit längerem im Gang.

Auch Baden-Württemberg hat vor einigen Jahren begonnen, mit einem sehr kosten- und zeitaufwändigen Projekt solche betriebswirtschaftlich geprägten Steuerungsinstrumente in die Landesverwaltung einzuführen. Die Landesregierung hat NSI aber falsch angepackt. Im Unterschied zu anderen Bundesländern, wie etwa Bayern und Rheinland-Pfalz, wurde die Kosten- und Leistungsrechnung auf alle Bereiche der Landesverwaltung übergestülpt. Die gebotene Rücksicht darauf, ob die verschiedenen Fachverwaltungen dafür auch geeignet sind, blieb dabei auf der Strecke. Nicht ohne Grund hat Bayern etwa die Polizei von seinem NSI-Projekt verschont.

Hierzulande hat sich NSI neben konzeptionellen Irrtümern zu allem Überfluss auch noch als Millionengrab erwiesen: Der Rechnungshof hat die bisherigen Kosten auf rund 300 Mio. Euro berechnet.

Mit der Verwaltungsreform wurde NSI endgültig ad absurdum geführt, da die unteren Verwaltungsbehörden bei den Landkreisen davon



abgeschnitten sind. Die neue Steuerung der Landesverwaltung hängt seither vollends in der Luft und verschlingt weiterhin viele Millionen.

Die SPD fordert seit Jahren, bei NSI in der bisherigen Form die Reißleine zu ziehen. Nach dem vernichtenden Urteil einer Untersuchung des Rechnungshofs zu NSI will die Landesregierung nun endlich zaghafte Korrekturen vornehmen. Sie springt dabei jedoch viel zu kurz. An einer vollständigen Neuausrichtung von NSI führt kein Weg vorbei. Notwendig sind maßgeschneiderte Lösungen für jeden einzelnen Verwaltungszweig. NSI müssen sich daran messen lassen, dass sie die Arbeit tatsächlich effektiver und kostengünstiger machen.

Internet

www.fm.baden-wuerttemberg.de
Infos zu NSI beim Finanzministerium

www.rechnungshof.baden-wuerttemberg.de
Landesrechnungshof - Kritische Studie zum NSI-Projekt

Parlamentsantrag der SPD

07.02.2007 Drucksache 14/912-7

Haushalt 2007 und 2008: Kürzung der Etatansätze für die neuen Steuerungsinstrumente

Mehr Wettbewerb auf die Schiene

Der Schienenpersonennahverkehr (SPNV) im Land verzeichnete bis ins Jahr 2006 hinein erfreuliche Fortschritte. Es gab vielfältige Sanierungsmaßnahmen und Angebotsverbesserungen. Dies war nur deshalb möglich, weil die von der SPD gestellten Bundesverkehrsminister den SPNV trotz knapper Kassen vorbildlich förderten und dies immer noch tun.

So stiegen die vom Bund bereitgestellten Regionalisierungsmittel von 457 Mio. Euro in 1996 auf 736 Mio. im Jahr 2006. Was aber macht die Landesregierung aus diesen günstigen Bundesvorgaben? Sie kürzt die originären Landesmittel ganz weg und überlässt damit die ÖPNV-Förderung ausschließlich dem Bund.

Im Zuge der wichtigen Haushaltskonsolidierung im Bund wurde für die Jahre 2006-2010 ein Aussetzen der ursprünglichen Dynamisierung bzw. eine leichte Kürzung der Regionalisierungsmittel beschlossen. Dadurch entsteht dem Land im Schnitt für die folgenden drei Jahre ein Einnahmeverlust von 70 Mio. Euro pro Jahr.

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern hat es die hiesige Landesregierung nicht geschafft, diese Mittel mit intelligenten Maßnahmen zu kompensieren. Während andernorts der SPNV sogar noch ausgeweitet wird, wurden in Baden-Württemberg über zwei Millionen Zugkilometer gestrichen.

Auch das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) ist eine Erfolgsgeschichte. Mit den GVFG-Mitteln fördert der Bund Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden. Im Zeitraum von 1992 bis 2005 hat der Bund an das Land Baden-Württemberg



insgesamt Finanzhilfen nach dem GVFG in Höhe von rund 3,5 Mrd. Euro geleistet. 2006 bis 2009 sind weitere rund 800 Mio. Euro vorgesehen. Bis spätestens 2019 entfällt diese Fördermaßnahme des Bundes. Hier muss das Land frühzeitig mit eigenen Mitteln gegensteuern.

Die SPD will eine entschlossene Gangart zu Gunsten der Nutzer des SPNV einschlagen. Der Wettbewerb muss zügiger herbeigeführt werden und dies bei gleichzeitiger Qualitätssicherung. Bei der Förderung des Wettbewerbsgedankens im Schienenverkehr ist mit einzelnen Ausschreibungen ein Anfang gemacht worden. Doch die Landesregierung ist zu sehr auf den Vertragspartner Deutsche Bahn fixiert.

Auch bei der Struktur der Tarifverbände besteht im Land erheblicher Verbesserungsbedarf. Das Land hat bundesweit die meisten Verkehrsverbände, ohne die gesamte Landesfläche abzudecken. Nordrhein-Westfalen kommt nach einer Reform des ÖPNV mit drei Verkehrsverbänden aus, Baden-Württemberg hat 21. Diese Zahl muss verringert werden.

Das spart Verwaltungskosten, sorgt für übersichtlichere Strukturen für den Fahrgast und mehr Leistung fürs gleiche Geld.

Die SPD will auch die Rolle des Fahrrads aufwerten, und zwar nicht nur in Freizeit und Tourismus, sondern als Verkehrsmittel im Alltag. Das Fahrrad als umweltfreundliches Verkehrsmittel muss weiter gestärkt werden. Ein Landesradverkehrsplan sollte die Vorgaben des Nationalen Radverkehrsplans "Fahrrad!" umsetzen.

Das Land muss das bestehende lückenhafte Radwegenetz attraktiver und sicherer machen und vor allem flächendeckend ausbauen. Hinzukommen müssen eine einheitliche und durchgängige Beschilderung, eine bessere Verknüpfung von Rad und ÖPNV, sinnvolle Mindeststandards für sichere Radwege und mehr Servicequalität entlang des touristischen Radwegenetzes.



Internet

www.im.baden-wuerttemberg.de
Landesinnenministerium - zuständig auch für Verkehrspolitik

www.bmvbs.de
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

www.3-loewen-takt.de
Bus und Bahn in Baden-Württemberg

www.vdv.de
Verband Deutscher Verkehrsunternehmen

www.mehrbahnen.de
Vereinigung von Eisenbahnunternehmen für Wettbewerb im Schienenverkehr

Parlamentsanträge der SPD

31.05.2007	Drucksache 14/1339	Realisierung anstehender Projekte im ÖPNV
30.05.2007	Drucksache 14/1337	Rücknahme der Kürzung der Regionalisierungsmittel
28.03.2007	Drucksache 14/1090	Mehr Erhaltungsmaßnahmen der DB AG für das baden-württembergische Schienennetz

Gerechteres Wahlrecht, lebendigere Debatten

Nach langen, zum Teil zähen Verhandlungen haben sich SPD, CDU, Grüne und FDP auf Eckpunkte einer Parlamentsreform verständigt. Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass die erzielte Vereinbarung sozialdemokratische Handschrift trägt. Kernpunkte für die SPD waren ein gerechteres Wahlsystem, die Trennung von Amt und Mandat (Inkompatibilität) und ein bürgernäheres, lebendigeres Parlament. Genau auf diesen Gebieten enthält die vom Landtag im Juli 2007 beschlossene Parlamentsreform entscheidende Fortschritte.



Es wird eine Wahlkreisreform geben, die eine Angleichung der Wahlkreisgrößen zum Ziel hat. Die maximale Abweichung soll grundsätzlich plus/minus 10 bis 15 Prozent nicht über- oder unterschreiten. Die Zweitauszählung wird umgestellt auf eine Mandatzuteilung, die sich nach einer Kombination von prozentualen Stimmanteilen und Zahl der Wahlberechtigten bemisst. Diese Reform wird das Wahlrecht gerechter und transparenter machen.

Bei einer Kernforderung der SPD, der Trennung von Amt und Mandat, konnte endlich ein Durchbruch erzielt werden. Einziger Wermutstropfen ist, dass die CDU lediglich bereit war, diese Inkompatibilität 2016 einzuführen. Ab dann können aktive Beamte dem Landtag nicht mehr angehören.

Die SPD wollte auch erreichen, dass in das Parlament mehr Lebendigkeit und mehr Aktualität Einzug halten. Obwohl die CDU sich bei

der Reform der Geschäftsordnung lange Zeit taub stellte, ist es am Schluss gelungen, einige Akzente bei der inneren Parlamentsreform zu setzen. Dazu gehören neue Instrumente in der Redeordnung, wie etwa die Regierungsbefragung, die Kurzintervention und die Stärkung der Redezeiten der Fraktionen gegenüber der Regierung.

Auch der Beginn der Wahlperiode wird vorverlegt, um monatelangen Leerlauf nach dem Urnengang zu verhindern. Schließlich ist es gelungen, bei der Altersversorgung der Abgeordneten den Systemwechsel zu vollziehen: Jeder Parlamentarier muss diese in Zukunft eigenständig aufbauen und erhält dafür zweckgebunden einen monatlichen Zuschuss in Höhe von 1.500 Euro.

Jetzt liegt es an den Abgeordneten selbst, Buchstaben und Geist dieser Parlamentsreform im Alltag des Landtags durch ihr eigenes Verhalten mit Leben zu erfüllen.

Parlamentsantrag der SPD

24.07.2007	Drucksache 14/1550	Parlamentsreform
------------	--------------------	------------------

Bau von Pflegeheimen bedarfsgerecht fördern

Pflegebedürftigen Menschen in Baden-Württemberg ein Leben in Würde und Selbstbestimmung zu ermöglichen, ist eine der zentralen landespolitischen Zukunftsaufgaben. Derzeit gibt es im Land rund 225.000 Pflegebedürftige. Fast die Hälfte davon, nämlich 46 Prozent, werden von ihren Familienangehörigen zu Hause versorgt. Weitere 21 Prozent werden zu Hause durch ambulante Pflegedienste versorgt. Die restlichen 33 Prozent leben dauerhaft in Pflegeheimen.



Das Statistische Landesamt schätzt, dass die Zahl der Pflegebedürftigen in den nächsten 20 Jahren zwischen 40 und 50 Prozent zunehmen wird. Vor diesem Hintergrund muss das Angebot für pflegebedürftige Menschen ausgebaut und verbessert werden. Insbesondere Angehörige, die Menschen zu Hause pflegen, benötigen ergänzende Hilfen im Vor- und Umfeld der Pflege.

Das baden-württembergische Landespflegegesetz definiert die Förderung des Vor- und Umfelds der Pflege und von Pflegeheimen als eine gemeinsame Aufgabe von Land und Kommunen. Die Landesregierung kommt ihren Pflichten aber nicht richtig nach. Anstatt Pflegebedürftige und pflegende Angehörige zu unterstützen, hat sie die Förderung von Hilfsangeboten im Vorfeld und Umfeld der Pflege systematisch zurückgefahren.

Auch bei der stationären Pflegeinfrastruktur lässt die Landesregierung die nötige Förderung vermissen. Nach dem Pflegeversicherungsgesetz ist das Land für die Vorhaltung einer leistungsfähigen, zahlenmäßig ausreichenden und wirtschaftlichen Versorgungsstruktur verantwortlich. Hauptaufgabe ist die Förderung

der Investitionskosten in stationären Pflegeeinrichtungen. Um den Bedarf zu decken, müssen in den nächsten zehn Jahren mindestens 10.000 zusätzliche stationäre Pflegeplätze geschaffen werden. Dazu wären jährlich rund 63,5 Mio. Euro Fördergelder nötig. Von einer solchen Summe ist das Land indessen weit entfernt. Die SPD spricht sich dafür aus, dass der Antragsstau abgebaut und die Pflegeheimförderung langfristig auf bedarfsgerechte Beine gestellt wird.

Internet

www.dbfk.de
Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe

www.gbe-bund.de
Gesundheitsberichterstattung des Bundes

www.dpv-online.de
Deutscher Pflegeverband

Stuttgart 21 ist Gewinn für das ganze Land

Derzeit beschäftigen die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes vor allem zwei Großprojekte: Der Neu- und Ausbau der Rheintalbahn und Stuttgart 21 mit der dazugehörigen Neubaustrecke Wendlingen-Ulm. Beide Projekte sind mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von je weit über 4 Mrd. Euro Jahrhundertbauwerke.

Die SPD-Landtagsfraktion steht geschlossen hinter beiden Projekten, da sie wichtig für die Zukunft unseres Landes sind.

Für Stuttgart 21 und die ICE-Trasse Wendlingen-Ulm gibt es jetzt endlich grünes Licht. Beide Vorhaben sind verkehrs- und strukturpolitisch alternativlos und ein Gewinn für das ganze Land. Sie verschlingen zwar viel Geld, sorgen aber für eine menschen- und umweltfreundliche Umgestaltung des Bahnknotens Stuttgart, für kürzere Fahrzeiten und für eine optimale Anbindung von Messe und Flughafen an die Schiene. Stuttgart 21 wird gewaltige Investitionen anschieben und Arbeitsplätze sichern.

Der mit der Schweiz vertraglich fixierte vierspurige Neu- und Ausbau der Rheintalbahn verfolgt das Ziel, mehr Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern. Bei seiner Realisierung muss man auf die Sorgen der betroffenen Bürger vor Ort Rücksicht nehmen. Die SPD setzt sich für eine Trassenführung ein, die die Bürger so wenig wie möglich belastet. Zudem



sollten umfangreiche Maßnahmen zum Schallschutz überall dort ergriffen werden, wo die Trasse in Wohnortnähe verläuft. Die SPD macht sich zudem für eine zügige Umrüstung aller Waggons mit der sogenannten Flüsterbremse stark. Diese kann den Lärm eines Güterzuges um bis zu 50 Prozent vermindern.

Auch andere wichtige Schienenprojekte haben wir im Auge. So setzt sich die SPD für die Beibehaltung eines ICE-Haltes in Mannheim ein. Außerdem unterstützen wir den weiteren Ausbau von Gäu- und Südbahn. Baden-Württemberg braucht ein leistungsfähiges Schienennetz, um auch weiterhin seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu gewährleisten bei gleichzeitig möglichst geringer Umwelt- und Klimabelastung.

Internet

www.stuttgart21.de
Informationsseite der Deutschen Bahn

www.rp-freiburg.de
RP Freiburg mit Infos zur Rheintalbahn

Parlamentsanträge der SPD

24.07.2007	Drucksache 14/1583	Entschließung zur Neubaustrecke Wendlingen-Ulm und zu Stuttgart 21
13.12.2006	Drucksache 14/723	Probleme beim Bau der Rheintalbahn
30.11.2006	Drucksache 14/654	3. und 4. Gleis der Rheintalbahn

Bessere Schulen durch mehr Eigenständigkeit

Mehr Eigenständigkeit der Schulen steht heute in der bildungspolitischen Diskussion für eine bessere Schule. Schulen brauchen größere Freiräume als bisher. Das gilt für die Pädagogik, die Organisation und das Personal. Mehr Autonomie der Schulen kann den Bildungserfolg steigern und die Wirksamkeit des Lernens erhöhen. Der Autonomie müssen gleichzeitig nachprüfbar staatliche Vorgaben ("Bildungsstandards") gegenüber stehen.



Schulentwicklung hängt im Wesentlichen von einer kompetenten Schulleitung ab. Schulleiter stehen als "Manager" einer Schule inzwischen vor ganz neuen Herausforderungen. Ihre Unterrichtsverpflichtung muss reduziert werden, damit sie ihrer Leitungsfunktion besser gerecht werden können. Ein modernes Berufsbild "Schulleitung" ist längst überfällig.

Lehrer benötigen einen richtigen Arbeitsplatz in der Schule. Dies ist eine Voraussetzung für effektive Teamarbeit. Des Weiteren muss die Arbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrern neu bewertet werden. Die SPD will weg von den Deputaten hin zur Jahresarbeitszeit. Deputate werden zukünftig nach Schulstufe, Klassengröße und Fächer vergeben.

Die größere Selbständigkeit der Schulen bedarf ebenso qualifizierter Verwaltungskräfte

in den Schulsekretariaten. Und auch Schulhausmeister übernehmen heute wichtige Funktionen. Wenn Reformen im Schulbereich erfolgreich sein sollen, dann müssen dafür auch alle Beteiligten fit gemacht werden.

Die Qualitätsentwicklung von Schulen soll durch die Evaluation von innen und von außen unterstützt werden. Allerdings darf Evaluation nicht in "Testeritis" ausarten. Externe und interne Evaluation müssen verzahnt und die Betroffenen aktiv am Evaluationsprozess beteiligt werden.

Die SPD will die Schulkonferenz aufwerten. Sie soll mehr Entscheidungskompetenzen erhalten, ohne die Verantwortlichkeit der Lehrer für die tägliche Unterrichtsarbeit in Frage zu stellen. Die Schulkonferenz soll sich zu je einem Drittel aus Lehrern, Eltern und Schülern zusammensetzen.

Parlamentsanträge der SPD

13.03.2007	Drucksache 14/1036	Beteiligung der Eltern und Schüler an der Evaluation nach § 114 Schulgesetz
15.08.2006	Drucksache 14/266	Besetzung von Schulleiterstellen an Gymnasien
05.12.2006	Drucksache 14/659	Steuerliche Begünstigung von Lehrerarbeitszimmern

Länger gemeinsam lernen als roter Faden

Zwischenzeitlich ist es unstrittig, dass eine längere gemeinsame Lernzeit bei einem individuellen Förderansatz allen Kindern nutzt, den Schwächeren und den Leistungsstärkeren. Diese Erkenntnis muss Konsequenzen haben für die Organisation des Lernens, und zwar mit Blick auf längeres gemeinsames Lernen über die Schuljahre hinweg (Schulstruktur) und mit Blick auf längeres gemeinsames Lernen am Schultag selbst (Ganztagsschule).

Prognosen gehen davon aus, dass die Schülerzahlen an den Hauptschulen bis zum Jahr 2012/13 durchschnittlich um 20 Prozent zurückgehen. Parallel dazu sinkt die Übergangsquote von der Grund- auf die Hauptschule immer weiter (28 Prozent im Schuljahr 2006/07). Nur noch 8 Prozent der Eltern wünschen sich für ihr Kind den Hauptschulabschluss. Dies zeigt: die Akzeptanz der Hauptschule ist in der Gesellschaft faktisch nicht mehr vorhanden. Das hat zur Konsequenz, dass insbesondere Hauptschulen im ländlichen Raum die Schließung wegen zu geringer Schülerzahlen droht. Eine Reform unseres Schulsystems ergibt sich also aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen.

Spätestens seit PISA wissen wir, dass es in unserem Bildungssystem einen engen Zusammenhang von Bildungschancen und sozialer Herkunft gibt. Das dreigliedrige Schulsystem benachteiligt Kinder aus bildungsfernen und sozial schwachen Familien. Soziale Unterschiede werden nicht moderiert, sondern verstärkt. Deshalb sind neue Schulformen unter der Maxime des längeren gemeinsamen Lernens auch aus Gründen der Gerechtigkeit dringend notwendig.



Schulstrukturen tragen entscheidend dazu bei, die Lehr- und Lernbedingungen an den Schulen zu verbessern. Die Zielperspektive der SPD ist die 10-jährige gemeinsame Schule für alle. Auf dem Weg dorthin sollen Zwischenschritte erfolgen. Zunächst soll die Grundschule auf 6 Jahre verlängert werden. Mehr Zeit an der Grundschule hilft, vorhandene Benachteiligungen auszugleichen und Begabungspotenziale ohne den Druck der frühen Aufteilung auf unterschiedliche Schulfächer entfalten zu lassen. Dadurch eröffnen sich neue Entwicklungsräume für unsere Kinder.

Im Anschluss an die 6-jährige Grundschule will die SPD die "Gemeinschaftsschule" einführen. In der Gemeinschaftsschule schließen sich Haupt- und Realschule zu einem neuen gemeinsamen Bildungsgang zusammen. Wenn gewünscht, kann auch ein gymnasialer Zweig hinzukommen. Die Gemeinschaftsschule wird in der Regel als Ganztagschule angeboten. Dadurch ist eine bessere individuelle Förderung möglich. Sie bietet als Regelabschluss die Mittlere Reife an. Dadurch verbessern sich die beruflichen Perspektiven für die Schülerinnen und Schüler. Und auch der Übergang in die gymnasiale Oberstufe ist gewährleistet.

Mit der skizzierten Reform der Schulstruktur will die SPD gleichsam "die Schule im Dorf belassen". Wir wollen ein qualitativvolles Bildungsangebot im ganzen Land schaffen, das sowohl den pädagogischen Anforderungen der Zeit entspricht und auch der demographischen Entwicklung gerecht wird. Das Ziel ist, die Zahl der Bildungsverlierer zu verringern und mehr Schüler zu höheren Bildungsabschlüssen zu führen.

Die SPD plädiert auch für längere gemeinsame Lernmöglichkeiten über den Tag verteilt. Hierfür bieten Ganztagschulen die besten Bedingungen. Gute Ganztagschulen sind Lern- und Lebensorte, die den starren 45-Minuten-Takt überwinden und Freizeit- und Förderangebote mit einbauen. Ganztagschulen nehmen den Familien die Kinder nicht weg. Im Gegenteil: sie geben den Familien die Kinder zurück. Denn wenn die Kinder nach Hause kommen, dann sind die schulischen Aufgaben erledigt. Nicht ohne Grund drängen vor allem die Eltern auf einen Ausbau der Ganztagschulen, darin unterstützt von Seiten der Wirtschaft.

Die SPD fordert professionelles pädagogisches Personal für Ganztagschulen an allen Schularten. Die Schulen sollen hierfür Budgets bekommen, denn sie wissen am besten, welchen Bedarf sie vor Ort haben. Die Landesregierung hingegen setzt im Wesentlichen auf ehrenamt-

liche "Jugendbegleiter". Doch mit Ehrenamtlichen allein lässt sich kein verlässliches Ganztagskonzept verwirklichen. Ehrenamtliche können eine Ergänzung sein, sie dürfen pädagogische Profis indes nicht ersetzen. Das aber genau tut die Landesregierung, wenn sie für die Finanzierung der Jugendbegleiter 800 Lehrerstellen "umwidmet", d.h. dem regulären Unterricht de facto entzieht.

Die Schulform Ganztagschule ist immer noch nicht im baden-württembergischen Schulgesetz verankert. Hier sind andere Bundesländer viel weiter. Hierzulande gelten sie noch immer als "Schulversuch". Dies ist eine abstruse "Überdehnung" des entsprechenden § 22 Schulgesetz. Die SPD wollte mit einem Gesetzesentwurf die Ganztagschulen auf eine solide rechtliche Basis stellen, doch CDU und FDP haben dies im Landtag leider abgelehnt.

Internet

www.gew-bw.de
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

www.ganztagschulen.org
Portal des BMBF zu Ganztagschulen

www.bildungsserver.de
Deutscher Bildungsserver

Parlamentsanträge der SPD

19.07.2007	Drucksache 14/1563	Zukunft der Schulstandorte in Baden-Württemberg
12.07.2007	Drucksache 14/1529	Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg
07.03.2007	Drucksache 14/1017	Die Schulstruktur in Baden-Württemberg öffnen und flexibler machen
15.01.2007	Drucksache 14/786	Stand und Perspektive des Ganztagschulprogramms

Lobeshymnen sind gut, mehr Geld wäre besser

Viele Kinder sind zu dick und leiden unter Bewegungsmangel. Untersuchungen haben ergeben: wer nicht schon im Kindesalter mit Sport in Berührung kommt, hat Defizite in der Schule, die ein Leben lang bestehen bleiben. Deshalb brauchen wir ein verstärktes Sportangebot in Kindertagesstätten, wobei gut qualifiziertes Personal dazugehört. In den Schulen gehört Sport immer noch zu denjenigen Fächern, die häufig ausfallen oder fachfremd unterrichtet werden. Das muss sich ändern.

Ganztagschulen sind für die Sportvereine eine große Chance, diejenigen Kinder für den Sport zu begeistern, die ansonsten nicht den Weg in die Vereine finden würden. Allerdings sind hierfür auch zusätzliche finanzielle Mittel für passendes pädagogisches Personal erforderlich.

Die vielfältigen Leistungen, die unsere Sportvereine durch großes ehrenamtliches Engagement erfüllen, können nicht hoch genug gewürdigt werden. So erbringen sie nicht nur integrative und soziale Funktionen, sondern schaffen darüber hinaus auch eine Öffnung der Sportvereine für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Nach massiven Einschnitten in den letzten Jahren hat die CDU/FDP-Landesregierung nun den "Solidarpakt Sport" beschlossen. Der Sport erhält dadurch vordergründig Planungssicherheit, an der seit Jahren anhaltenden chronischen Unterfinanzierung ändert sich jedoch nichts. Es bleibt dem Sport immerhin



das peinliche Spiel der Landesregierung erspart, die im Sportbereich immer wieder Kürzungen vornimmt, um sich anschließend als Wohltäterin darzustellen, wenn die Landesförderung auf Basis dieser Kürzungen fortgeschrieben wird.

Der Sport braucht nicht nur lobende Worte bei politischen Feierlichkeiten, sondern handfeste, verlässliche finanzielle Unterstützung. Kurzum: Der Kahlschlag muss ein Ende haben.

Internet

www.sport-in-bw.de
Alles zum Sport in Baden-Württemberg

www.schulsport-in-bw.de
Portal des Kultusministeriums

www.lis-in-bw.de
Landesinstitut für Schulsport

Parlamentsantrag der SPD

25.07.2007	Drucksache 14/1587	Sportförderung und Sportstätten in Baden-Württemberg
------------	--------------------	--

Wenn schon, dann sozial verträglicher

Satte 500 Euro mussten Studierende im Sommersemester 2007 für die Zulassung zum Studium an einer baden-württembergischen Hochschule bezahlen. Erste Erfahrungen bestätigen das Nein der SPD zu Studiengebühren. Der Anteil der Studierenden, die ihre 500 Euro durch ein Darlehen finanzieren, liegt je nach Standort zwischen einem und fünf Prozent. Für die Befürworter ist dies fälschlicherweise ein Beleg für die Akzeptanz von Studiengebühren.

Richtig ist vielmehr, dass die Belastung aus den Darlehen so hoch ist, dass die Familien samt Oma und Opa für ihre studierwilligen Sprösslinge alle anderen Möglichkeiten strapazieren, bevor sie ein Darlehen aufnehmen. Beispiel: Bei einer Studiendauer von 9 Semester, einem Nominalzinssatz von 7,204 % und einer Darlehenssumme von 4.500 Euro beträgt der zurückzuzahlende Gesamtbetrag aus Zinsen und Tilgung sage und schreibe 7.233 Euro. Dies sind die Bedingungen der landeseigenen Bank, die zur Bewilligung dieser Kredite zwar verpflichtet ist, andererseits aber keinerlei Risiko damit hat: bleibt nämlich die Rückzahlung aus, meldet sie sich beim Studienfonds, den die Hochschulen finanzieren, und bekommt anstandslos ihr Geld.

Parlamentsanträge der SPD

24.04.2007	Drucksache 14/1184	Soziale Gerechtigkeit und andere Aspekte im Zusammenhang mit den Studiengebühren
05.01.2007	Drucksache 14/771	Strikte Beschränkung des Studiengebührenaufkommens auf die Verbesserung der Studienbedingungen
10.10.2006	Drucksache 14/405	Entwicklung eines Stipendienangebots im Zusammenhang mit der Einführung von Studiengebühren



Sozial verträglich würden sie sein - mit diesem Versprechen hatte die Landesregierung die Einführung der Studiengebühren beruhigend begleitet. In Wahrheit liegen jetzt Bedingungen vor, die aus sozialer Warte gänzlich unerträglich sind. Ironischerweise fällt diese Studiengebührenbelastung für die Familien zusammen mit einer Kampagne, die wieder mehr Lust auf Kinder entfachen soll. Kein Mensch kann vor diesem Hintergrund gut finden, dass Kinder als Erwachsene erst richtig teuer werden.

Eine andere Frage ist, ob die Studiengebühren in den Hochschulen gesetzeskonform, also gezielt für bessere Studienbedingungen, verwendet werden. Die SPD wird in den kommenden Jahren darauf pochen, dass die Studierenden mit den sozial unerträglichen Studiengebühren nicht auch noch zur allgemeinen Finanzierung der Hochschulen missbraucht werden.

Konzept aus einem Guss muss her

Fremdenverkehr ist ein wesentlicher Bestandteil des volkswirtschaftlichen Gesamtaufkommens in Baden-Württemberg. Rund 200.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind hier versicherungspflichtig beschäftigt. Der Jahresumsatz der Branche beträgt 3,5 Mrd. Euro. Die Tourismusbranche im Land steht allerdings auch vor Herausforderungen, die sie rasch bewältigen muss, um im Wettbewerb weiter ganz vorne mitspielen zu können:

- Die Globalisierung des Marktes geht mit einer stärkeren Individualisierung auf der Konsumseite einher;
- Der verantwortungsbewusste Umgang mit den natürlichen Ressourcen und der Schutz von Natur und Umwelt gewinnt weiter an Bedeutung;
- Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs mit dem Ziel einer möglichst direkten Verbindung von den Ballungsräumen in die regionalen Fremdenverkehrsbetriebe, z.B. Fahrscheinangebote über die Kurtaxe wie beim System KONUS im Bereich des Hoch- und Südschwarzwaldes;
- Entwicklung kind- und familiengerechter Urlaubsorte;
- Steigerung der Attraktivität der Arbeitsplätze im Tourismus;
- Ausbau eines flächendeckenden, einheitlich beschilderten Radwegenetzes und Lockerungen für das Mountainbiken auf Waldwegen.

Die SPD will, dass Investitionen in Heilbäder und prädikatisierten Kurorten nicht weiter reduziert werden und dass die Fremdenverkehrspauschale für prädikatisierte Kurorte, bezogen auf die Übernachtungszahlen, dauerhaft bleibt. Eine florierende Tourismusentwicklung in den Heilbädern und Kurorten ist für



das Bäderland Baden-Württemberg und seine Arbeitsplätze von größter Bedeutung.

Im Tourismus muss der Regionalgedanke gestärkt werden. Eine Vermarktung im Kleinklein der Kreisgrenzen hat mit Blick auf die Serviceerwartungen der Gäste und Kunden keine Zukunft mehr. Die SPD verlangt eine zentrale, privatrechtlich organisierte Wirtschaftsförderungsgesellschaft, in die auch der Tourismusverband Baden-Württemberg aufgehen soll. Die neue Wirtschaftsförderungsgesellschaft übernimmt dann Aufgaben der Regionalförderung und erstellt in Abstimmung mit den vor Ort tätigen Tourismusorganisationen für das ganze Land ein Tourismuskonzept.

Internet

www.tourismus-bw.de
Tourismus-Marketing Baden-Württemberg

www.bw-i.de
Baden-Württemberg International

Mit Nachhaltigkeit ernst machen

Das große Gebiet der Umweltpolitik weist viele Facetten auf, von denen wir hier einige kurz beleuchten wollen: Luftreinhaltung, Grundwasserschutz, Flächenverbrauch, Hochwasserschutz.

Trotz großer Anstrengungen in der Luftreinhaltung kommt es vor allem durch den Straßenverkehr und die Gebäudebeheizung in Ballungsgebieten zu bedenklich überhöhten Konzentrationen von Feinstaub und Stickoxiden. Die strengeren EU-Grenzwerte für Feinstaub wollen eine Trendumkehr bewirken. Die bestehenden Luftreinhaltepläne im Land reichen indes nicht aus.

Auf der Basis der Verordnung des Bundes zur Kennzeichnung emissionsarmer Fahrzeuge müssen das Land und die betroffenen Gemeinden schnellstmöglich Fahrverbote für Fahrzeuge erlassen, welche die Luft stark verschmutzen. Fahrzeuggruppen, für die noch keine Nachrüstung möglich ist, sollten in den Ge-nuss befristeter Übergangsregelungen kommen.

Aus dem Grundwasser werden in Baden-Württemberg rund 75 Prozent des Trinkwassers entnommen. Deshalb muss es nachhaltig geschützt werden. Da es Verflechtungen der Grundwasserströme mit Schadensquellen gibt, gewinnt der flächendeckende Grundwasserschutz durch vorbeugende Maßnahmen zunehmend an Bedeutung.

Die Ergebnisse des bisherigen Grundwasserschutzes sind unzureichend. Ein wirksameres Konzept muss die Verantwortung an regionale Kooperationen delegieren und die Auflagen in Wasserschutzgebieten konzentrieren und zugleich vereinfachen. Die regionalen Arbeits-



gruppen sollen eine angemessene finanzielle Ausstattung und Maßnahmenkompetenz über eine Rahmenverordnung erhalten.

Der Landschaftsverbrauch ist nach wie vor ungebremst. Seine negativen Wirkungen für den Naturkreislauf und den Wasserhaushalt sind unübersehbar: er geht mit dem Verbrauch hochwertiger landwirtschaftlich genutzter Flächen und der Zerstörung des Landschaftsbildes durch Zersiedelung einher. Die Landesregierung ist bei der Eindämmung des Flächenverbrauchs eine Meisterin im Versprechen und Ankündigen. Passiert ist bislang nur wenig. Die SPD will weitere Landschaftsschutzgebiete schaffen, um dem zügellosen Flächenverbrauch Einhalt zu gebieten. Per Gesetz muss die Innenentwicklung vor der Überplanung und Bebauung der "Grünen Wiese" Vorrang bekommen.

Hochwasser ist auch in unseren Breiten kein seltenes Naturschauspiel mehr. Der Rückhalt des Wassers durch Versickerung und natürlich überflutete Auelandschaften ist nicht mehr gewährleistet. Staustufen, Begradigungen und Vertiefungen, aber auch die Drainierung landwirtschaftlicher Flächen haben den natürlichen Wasserabfluss beschleunigt und immer heftigere Hochwasser ausgelöst. Die Erwärmung der Erdatmosphäre durch menschliches (Fehl)Verhalten hat die Hochwassergefahr weiter verstärkt.

Mit dem Integrierten Rheinprogramm haben Frankreich und Deutschland bereits 1988 Maßnahmen beschlossen, die mit Hilfe von Rückhalteräumen, Poldern und Dammrückverlegungen den Hochwasserschutz deutlich erhöhen sollten. Gleichzeitig soll dieser moderne Hochwasserschutz Rücksicht auf die Ökologie von Flusssystemen nehmen, denn es entstehen neue artenreiche und landschaftlich reizvolle Biotope.

Baden-Württemberg hinkt aufgrund spärlicher finanzieller und personeller Ausstattung des Hochwasserschutzes um etliche Jahre hinter den Planungen und Beschlüssen zum Integrierten Rheinprogramm her. Vor Ort werden die Planungen zerredet und in die Länge gezogen, die notwendige Solidarität mit den vom Hochwasser bedrohten Unterliegern bleibt dabei oft auf der Strecke. Von den 1988 geplanten 170 Mio. Kubikmetern Rückhaltevolumen wurden nach nunmehr 19 Jahren gerade einmal knapp 70 geschaffen.

Obwohl die Uhr der Klimakatastrophe unüberhörbar tickt, bleibt der Hochwasserschutz ein Stiefkind der CDU/FDP-Regierung. Dabei ist es eine Binsenweisheit: Das nächste große Hochwasser kann uns schon morgen heimsuchen. Deshalb braucht der Hochwasserschutz mehr Haushaltsmittel des Landes.



Zunächst sollten Maßnahmen verwirklicht werden, bei denen die Standortentscheidung wenig umstritten ist und der Effekt für den Hochwasserschutz hoch ist.

Internet

www.lubw.baden-wuerttemberg.de
Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz

www.hochwasser.baden-wuerttemberg.de
Hochwasserschutz und -vorsorge in BW

www.um.baden-wuerttemberg.de
Umweltministerium Baden-Württemberg

Parlamentsanträge der SPD

24.01.2007	Drucksache 14/834	Feinstaubbelastung in BW - Emittenten und Maßnahmen
15.01.2007	Drucksache 14/785	Luftreinhaltepläne in BW und bisherige Umsetzung von Maßnahmen
13.12.2007	Drucksache 14/715	Integriertes Rheinprogramm (IRP) - Planungskosten und Baumaßnahmen in 2007 und 2008
13.12.2006	Drucksache 14/714	Anpassung des Hochwasserschutzes infolge des Klimawandels

Frei werdende Lehrerstellen wiederbesetzen

Eltern, Lehrkräfte, Schüler und Schulleitungen beschwerten sich seit Jahren über den hohen Unterrichtsausfall an den Schulen in Baden-Württemberg - und sie haben Recht. Jährlich fallen über 2,8 Mio. Unterrichtsstunden aus.

Und wie reagiert die Landesregierung darauf? Sie bricht ihr zentrales Wahlversprechen und besetzt 521 frei werdende Lehrerstellen nicht mehr. Weitere 349 Stellen werden dadurch eingespart, dass die Referendare eine Stunde mehr unterrichten müssen. Im Wahlkampf und in der Koalitionsvereinbarung haben CDU und FDP beteuert, alle aufgrund rückläufiger Schülerzahlen rechnerisch frei werdenden Lehrerstellen halten zu wollen.

Doch die Landesregierung folgt heute dem Motto "Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern". Ihre Kehrtwende rechtfertigt sie mit zurückgehenden Schülerzahlen. Dies ist eine billige Ausrede. Alle wesentlichen Daten zur Entwicklung der Schülerzahlen waren bereits 2001 bekannt.

Lehrerstellen werden "umgewidmet", um z.B. die ehrenamtlichen Jugendbegleiter oder die Evaluation der Schulen zu finanzieren. Insgesamt entzieht die Landesregierung dem regulären Unterricht in den nächsten Jahren sage



und schreibe 3.000 Lehrerstellen! Diese Politik verschlechtert die Lehr- und Lernbedingungen drastisch. Hoher Unterrichtsausfall und zu große Klassen gehören weiter zum Schulalltag. Der Ausbau von Ganztagschulen gerät ins Stocken. Aber bessere Bildung für alle, wie sie die SPD will, läuft eben nicht ohne ausreichendes Lehrpersonal.

Zum Etat 2007/08 stellte die SPD einen Antrag zur Wiederbesetzung aller frei werdenden Lehrerstellen mit seriöser Gegenfinanzierung. CDU und FDP sagten Nein. Die Folge: Gut ausgebildete junge Referendare stehen auf der Straße. Das ist bildungs- wie beschäftigungspolitisch verhängnisvoll. Denn Bildung ist doch der Ast, auf dem wir sitzen.

Parlamentsanträge der SPD

11.07.2007	Drucksache 14/1508	Lehrerversorgung und Lehrbeauftragtenmittel Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags: Senkung der Klassenfrequenzen bzw. Schaffung kleinerer Klassen Lehrerversorgung
10.07.2007	Drucksache 14/1499	
09.05.2007	Drucksache 14/1230	Unterrichtsversorgung in Baden-Württemberg - Vergleich nach Schularten
02.01.2007	Drucksache 14/760	

Was drauf steht, muss auch drin sein

Ob es um den Einzug der elektronischen Revolution in unsere Privathaushalte oder um den täglichen Lebensmitteleinkauf geht: noch nie war Verbraucherschutz so wichtig wie heute. Er ist Grundlage für einen intakten, fairen Wettbewerb und für eine nachhaltige Innovationsbereitschaft der anbietenden Wirtschaft. Verbraucher haben ein Recht auf Information und Schutz vor wirtschaftlichem und gesundheitlichem Schaden.

Die CDU/FDP-Regierung bemüht sich beim Verbraucherschutz zwar, den Anschluss nicht zu verlieren. Aber im Spannungsfeld zwischen dem wirtschaftlichen Eigeninteresse der Anbieter und dem Schutz der Verbraucher ziehen letztere bei der Landesregierung stets den Kürzeren. Die Berufung einer Kommission Verbraucherschutz ist zwar löblich, aber an der Umsetzung der Empfehlungen dieser Sachverständigen hapert es gewaltig.

Die Zuschüsse für die Verbraucherzentrale wurden deutlich gekürzt und stehen im Ländervergleich kümmerlich da. Ein Verbraucherinformationsgesetz des Landes, das seinen Namen verdient, gibt es nicht. Die Zahl der Betriebe in der Ernährungsindustrie, für die ein Kontrolleur zuständig ist, ist im Folge der Zerschlagung des Wirtschaftskontrolldienstes bei



der Polizei deutlich gestiegen und hat die Lebensmittelsicherheit verschlechtert.

Es werden Jahre vergehen, bis neue Fachkräfte bei den Landratsämtern ausgebildet sind, dafür aber laufen hervorragende Experten des Lebensmittelrechts nun wieder Streife im Polizeidienst. Die SPD hatte sich leider vergeblich für die Erhaltung des WKD eingesetzt.

Das Herkunfts- und Qualitätszeichen HQZ (mit den drei Löwen) gaukelt den Verbraucherinnen und Verbrauchern zu Unrecht erhöhte Qualität vor und wird überdies noch vom Bauernverband selbst überwacht. Auch an den Tierschutz werden beim HQZ keine erhöhten Anforderungen gestellt. Die SPD fordert daher seit Jahren eine konsequente Verschärfung der HQZ-Kriterien.

Parlamentsanträge der SPD

25.07.2007	Drucksache 14/1593	Entwicklung der anbieterunabhängigen Beratung bei der Verbraucherzentrale BW Beziehungen zwischen Bund und Ländern in der Lebensmittelüberwachung und Umsetzung des 10-Punkte-Programms des Bundeslandwirtschaftsministers von 2005
18.07.2007	Drucksache 14/1561	
29.09.2006	Drucksache 14/378	Lebensmittelkontrollen in BW

Verkorkstes Konzept streut Sand ins Getriebe

Im Jahr 2005 ist ein Gesetz in Kraft getreten, das die Strukturen der Verwaltung in Baden-Württemberg maßgeblich verändert hat. Zahlreiche Behörden, wie z. B. die Straßenbau- und Forstämter wurden in die Landratsämter, Bürgermeisterämter oder in die Regierungspräsidien integriert. Für die Bürger geschah dies meist recht unbemerkt, aber die Konsequenzen bekommen auch sie zu spüren.

So schauen die Landratsämter den Schlaglöchern inzwischen beim Wachsen zu - erreichen sie nämlich eine bestimmte Größe, wandert die Zuständigkeit und damit die Kostenpflicht zum Land. Der Unsinn der Forstreform führt nicht nur zum Abholzen des Waldes nach Kassenlage der Landräte, er lässt auch die kleinen Privatwaldbesitzer und die Kommunen durch Wegfall der Beratungsleistungen im Stich. Auch die behinderten Menschen erfahren negative Auswirkungen. Statt wie bisher mit zwei Landeswohlfahrtsverbänden müssen sich die Träger nun mit 44 Stadt- und Landkreisen auseinandersetzen.

Aber all diese Unzulänglichkeiten haben auch bei der offiziellen "Evaluierung" der Regierung keine Rolle gespielt - wie so oft lobte die Regierung sich selbst. Einige Ländräte erleichterten dies, indem ihre Berichte eher das Wohlwollen der Regierung im Auge hatten als eine konstruktive Manöverkritik. Auch die Personalvertretungen kamen kaum zu Wort. Das



Parlament selbst wurde zur Untätigkeit verdonnert. Seine Kontrolle war nicht gefragt.

Die SPD steuerte diesem Verfahren entgegen und organisierte Mitte 2007 gemeinsam mit den Grünen eine Anhörung. Dabei wurde deutlich, dass beim Vollzug der Verwaltungsreform lange nicht so viel glänzt, wie dies die Regierung behauptet. Das Konzept der Regierung Teufel war von Anfang an verkorkst, und deshalb ist heute in vielen Bereichen Sand im Getriebe.

Die SPD hatte lange vor der Regierung ein eigenes Konzept für eine Verwaltungsreform entwickelt. Kern war die Schaffung von acht Regionalkreisen in Baden-Württemberg. Viele Aufgaben sollten bürgernah auf die Kommunen übertragen und die Zahl der Ministerien verringert werden. Die Umsetzung einer solchen Verwaltungsreform hätte eine bessere Kompetenzteilung, mehr Transparenz für die Bürger und eine wesentliche Kostenersparnis bedeutet.

Parlamentsanträge der SPD

26.02.2007	Drucksache 14/964	Folgen der Verwaltungsreform
16.02.2007	Drucksache 14/944	Evaluation der Verwaltungsreform
25.01.2007	Drucksache 14/837	Folgen der Zerschlagung des Landesdenkmalamtes

Lebenslanges Lernen ist Muss für uns alle

"Lebenslanges Lernen ist zu einem der entscheidenden Faktoren einer nachhaltigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung geworden. Deshalb werden alle Akteure, Individuen, Unternehmen und die öffentliche Hand mehr als in der Vergangenheit in Bildung investieren müssen." Dieser Satz aus dem Abschlussbericht der unabhängigen Expertenkommission "Finanzierung Lebenslangen Lernens" wird zwar immer wieder zitiert - bei der Weiterbildungspolitik in Baden-Württemberg regiert jedoch der Rotstift.

Die Landesförderung wurde seit 1996 um 60 Prozent reduziert. Der Anteil des Landes beträgt aktuell nur noch 5,8 Prozent. Zum Vergleich: der Bundesdurchschnitt liegt bei 15 Prozent. Gleichzeitig steigt der Anteil der Teilnehmergebühren an der Finanzierung der Volkshochschulen permanent und beträgt derzeit 55 Prozent, während es bundesweit nur 38 Prozent sind.

Was sind die Konsequenzen? Der Weiterbildung in Baden-Württemberg droht eine "sachlich unreflektierte und soziale ungesteuerte Privatisierung", so der VHS-Vertreter auf einer SPD-Anhörung. Bildungsferne und soziale schwache Schichten werden immer weniger erreicht.

Genau diese Gefahr gilt es aus Sicht der SPD zu verhindern. Wir setzen uns für vernetzte, niederschwellige und finanzierbare Weiterbil-



dungsangebote für alle Bevölkerungsgruppen ein. Alle Milieus und Altersstufen sollen Zugang zu Weiterbildungsangeboten haben. Das Land muss seinen Finanzierungsanteil schrittweise an den Bundesdurchschnitt hochschrauben. Ein Weiterbildungsgesetz soll den Trägern finanzielle Planungssicherheit geben und den Beschäftigten ein Recht auf Bildungsurlaub einräumen.

Zur Spitze kehren wir nur zurück, wenn das Bekenntnis zum lebenslangen Lernen nicht durch finanzielle Kahlschläge ausgehöhlt wird. Denn immerhin genießt Weiterbildung Verfassungsrang: "Die Erwachsenenbildung ist vom Staat, den Gemeinden und den Landkreisen zu fördern." (Art. 22 Landesverfassung)

Internet

www.vhs.de
Die Volkshochschule in Ihrer Nähe

www.fortbildung-bw.de
Weiterbildung in Baden-Württemberg

Parlamentsanträge der SPD

17.01.2007	Drucksache 14/804	Haushalt 2007/2008: Rücknahme der Kürzungen bei der Weiterbildung
27.06.2006	Drucksache 14/61	Personalkostenzuschüsse an Weiterbildungsträger

Mietwohnungsbau bleibt unverzichtbar

Mit der Föderalismusreform ist die Verantwortung für die Wohnraumförderung vollständig vom Bund auf die Länder übergegangen. Von dieser neuen Landeskompetenz hat die SPD als erste Fraktion Gebrauch gemacht und einen Entwurf für ein baden-württembergisches Wohnraumförderungsgesetz in das Parlament eingebracht. Ziel dieses Gesetzentwurfs ist es, für alle Bewohner des Landes angemessenen Wohnraum zu bezahlbaren Preisen sicherzustellen.

Dies ist die wichtigste wohnungspolitische Herausforderung, an der die Landesregierung bisher gescheitert ist. Nach einer Studie der Arbeitsgemeinschaft Baden-Württembergischer Bausparkassen wird das Nachfragepotenzial nach Wohnraum zwischen 2005 und 2015 bei 577.000 neuen Wohnungen liegen. Allein in Stuttgart sind 29.000 neue Wohnungen nötig. Folglich müssten in Baden-Württemberg jährlich etwa 58.000 neue Wohnungen entstehen. Zum Vergleich: Im Jahr 2004 wurden gerade einmal 38.000 Wohnungen neu gebaut.

Seit Jahren nimmt die Landesregierung dieses Problem nicht ernst. Die Wohnraumförderung mit eigenen Landesmitteln hat im Jahr 2007 ein historisches Tief erreicht. Das Land stellt nur noch 6 Mio. Euro an Landesmitteln zur Verfügung - 1995 lag die Förderung noch bei 315 Mio. Euro. Kein anderes westdeutsches Bundesland hat die Wohnungsmittel so



zusammengestrichen wie Baden-Württemberg. Nach Berechnungen des Deutschen Mieterbundes gibt die Landesregierung nur 56 Cent pro Einwohner für die Wohnraumförderung aus. In Bayern sind es 8,12 Euro und in Nordrhein-Westfalen gar 44,34 Euro.

Besonders schlimm ist, dass die Landesregierung vollständig aus der Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus ausgestiegen ist. Leidtragende sind Familien mit geringem Einkommen, die in den Ballungsräumen kaum noch bezahlbare Wohnungsangebote bekommen. Die Folge: Hohe Zahlen in den Notfallkarteien der Städte und unzumutbare Wohnbedingungen für viele Familien. Es ist höchste Zeit, dass das Land beim sozialen Mietwohnungsbau das Ruder herum reißt.

Internet

www.uni-tuebingen.de/iaw/womo/index.html
Wohnungsmonitor BW der L-Bank

www.mieterbund-bw.de
Deutscher Mieterbund Baden-Württemberg

Parlamentsanträge der SPD

12.04.2007	Drucksache 14/1139	Baden-Württembergisches Wohnraumförderungsgesetz
16.01.2007	Drucksache 14/807-14	Haushalt 2007/2008: Verkauf von Darlehensforderungen an die Landeskreditbank zur Förderung des Wohnungsbaus

Arbeitskreis I Recht und Verfassung

Vorsitzender	Rainer Stickelberger (Rechtspolitischer Sprecher)	☎ 0711 2063-756
Stellv. Vorsitzende	Birgit Kipfer (Medienpolitische Sprecherin)	☎ 0711 2063-745
Weitere Mitglieder	Stephan Braun (Sprecher für Verfassungsschutz) Peter Hofelich (Sprecher für Datenschutz) Nikolaos Sakellariou (Strafvollzugsbeauftragter)	☎ 0711 2063-780 ☎ 0711 2063-750 ☎ 0711 2063-928

Arbeitskreis II Finanzen

Vorsitzender	Dr. Nils Schmid (Finanzpolitischer Sprecher)	☎ 0711 2063-755
Stellv. Vorsitzende	Margot Queitsch	☎ 0711 2063-925
Weitere Mitglieder	Dr. Frank Mentrup Christine Rudolf Ingo Rust (Vorsitzender des Finanzausschusses) Claus Schmiedel	☎ 0711 2063-743 ☎ 0711 2063-741 ☎ 0711 2063-753 ☎ 0711 2063-789

Arbeitskreis III Schule, Jugend und Sport

Vorsitzender	Dr. Frank Mentrup (Bildungspolitischer Sprecher)	☎ 0711 2063-743
Stellv. Vorsitzender	Gunter Kaufmann (Sprecher für Berufliche Bildung)	☎ 0711 2063-782
Weitere Mitglieder	Christoph Bayer (Jugendpolitischer Sprecher) Margot Queitsch (Sprecherin für Sport und das Ehrenamt) Norbert Zeller (Vorsitzender des Schulausschusses)	☎ 0711 2063-761 ☎ 0711 2063-925 ☎ 0711 2063-759
Stellv. Mitglieder	Carla Bregenzer (Sektenpolitische Sprecherin) Wolfgang Staiger	☎ 0711 2063-758 ☎ 0711 2063-716

Arbeitskreis IV Wirtschaftspolitik

Vorsitzender	Claus Schmiedel (Wirtschafts- u. Wohnungsbaupolitischer Sprecher)	☎ 0711 2063-789
Stellv. Vorsitzender	Dr. Rainer Prewo (Sprecher für Mittelstand und Handwerk)	☎ 0711 2063-775
Weitere Mitglieder	Gustav-Adolf Haas (Tourismuspolitischer Sprecher)	☎ 0711 2063-757
	Rudolf Hausmann (Arbeitsmarkt- u. Entwicklungspolitischer Sprecher)	☎ 0711 2063-749
	Thomas Knapp (Energiepolitischer Sprecher)	☎ 0711 2063-926
Stellv. Mitglied	Hans-Martin Haller	☎ 0711 2063-918

Arbeitskreis V Ländlicher Raum

Vorsitzender	Alfred Winkler (Agrarpolitischer Sprecher, Sprecher für Tierschutz)	☎ 0711 2063-913
Stellv. Vorsitzender	Fritz Buschle	☎ 0711 2063-917
Weitere Mitglieder	Christoph Bayer (Sprecher für Natur- und Artenschutz)	☎ 0711 2063-761
	Birgit Kipfer (Verbraucherpolitische Sprecherin)	☎ 0711 2063-745
	Georg Nelius (Sprecher für Forst und Ländlichen Raum)	☎ 0711 2063-748

Arbeitskreis VI Innenpolitik

Vorsitzender	Reinhold Gall (Innenpolitischer Sprecher, Polizeisprecher)	☎ 0711 2063-720
Stellv. Vorsitzender	Walter Heiler (Kommunalpolitischer Sprecher)	☎ 0711 2063-763
Weitere Mitglieder	Stephan Braun (Sprecher für Zuwanderungsfragen)	☎ 0711 2063-780
	Hans-Martin Haller (Verkehrspolitischer Sprecher)	☎ 0711 2063-918
	Hans Georg Junginger (Vorsitzender des Innenausschusses)	☎ 0711 2063-752
	Rainer Stickelberger	☎ 0711 2063-756
Stellv. Mitglied	Wolfgang Drexler (Experte für Luftverkehr und Stuttgart 21)	☎ 0711 2063-230

Arbeitskreis VII Sozialpolitik

Vorsitzende	Ulla Haußmann (Gesundheits-, Sozial- und Suchtpolitische Sprecherin)	☎ 0711 2063-754
Stellv. Vorsitzender	Rudolf Hausmann (Arbeitsmarktpolitischer Sprecher)	☎ 0711 2063-749
Weitere Mitglieder	Katrin Altpeter (Sprecherin für demografischen Wandel)	☎ 0711 2063-724
	Wolfgang Staiger (Sprecher für Behindertenpolitik)	☎ 0711 2063-716
	Marianne Wonnay (Familien- und Frauenpolitische Sprecherin)	☎ 0711 2063-734

Arbeitskreis VIII Wissenschaft, Forschung und Kunst

Vorsitzender	Martin Rivoir (Forschungspolitischer Sprecher)	☎ 0711 2063-751
Stellv. Vorsitzende	Helen Heberer (Kulturpolitische Sprecherin)	☎ 0711 2063-747
Weitere Mitglieder	Carla Bregenzer (Wissenschaftspolitische Sprecherin)	☎ 0711 2063-758
	Rita Haller-Haid	☎ 0711 2063-921
	Johannes Stober	☎ 0711 2063-786

Arbeitskreis IX Umwelt

Vorsitzender	Thomas Knapp	☎ 0711 2063-926
Stellv. Vorsitzender	Gunter Kaufmann (Umweltpolitischer Sprecher)	☎ 0711 2063-782
Weitere Mitglieder	Rosa Grünstein	☎ 0711 2063-784
	Wolfgang Stehmer	☎ 0711 2063-788
	Johannes Stober	☎ 0711 2063-786

Arbeitskreis X Europa

Vorsitzender	Peter Hofelich	☎ 0711 2063-750
Stellv. Vorsitzender	Ingo Rust	☎ 0711 2063-753
Weitere Mitglieder	Helen Heberer	☎ 0711 2063-747
	Martin Rivoir	☎ 0711 2063-751
	Wolfgang Stehmer	☎ 0711 2063-788

Parlamentarischer Beratungsdienst

Sebastian Altemüller	Verkehrspolitik	☎ 0711 2063-783
Simone Geßmann	Recht und Verfassung	☎ 0711 2063-726
Dr. Horst Glück	Finanz- und Europapolitik	☎ 0711 2063-773
Raiko Grieb	Wirtschaftspolitik, Wohnungsbau	☎ 0711 2063-781
Dr. Andreas Grünupp	Sozial-, Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik	☎ 0711 2063-771
Martin Körner	Fraktionsgeschäftsführer, Politische Planung	☎ 0711 2063-715
Michael Mayer	Schule, Jugend und Sport	☎ 0711 2063-777
Martin Mendler	Stv. Fraktionsgeschäftsführer Stv. Pressesprecher, Internet, Öffentlichkeitsarbeit, Technik	☎ 0711 2063-711
Birgit Metzbour	Leiterin des Büros der Fraktionsvorsitzenden	☎ 0711 2063-729
Nils Opitz-Leifheit	Umweltpolitik, Ländlicher Raum, Verbraucherfragen	☎ 0711 2063-785
Sven Plank	Projektleiter Regionalforen	☎ 0711 2063-791
Gitte Schwarzer	Innenpolitik, Polizei, Medien- und Kommunalpolitik	☎ 0711 2063-726
Helmut Seidel	Hochschulpolitik, Wissen- schaft, Forschung und Kunst	☎ 0711 2063-723
Helmut Zorell	Leiter der Pressestelle, Pressesprecher, Öffentlichkeitsarbeit	☎ 0711 2063-725

Ältere	Seite 11, 42
Agrarprodukte	Seite 5
Arbeitslosigkeit	Seite 6, 8
Arbeitsmarkt	Seite 6, 35, 60
Atomausstieg	Seite 32
Ausbildung	Seite 8/9,
Berufliche Bildung	Seite 13
Beschäftigung	Seite 6
BID	Seite 36
Bildung	Seite 12, 13, 23/24, 44, 45/46, 52, 55, 57, 60
Biomasse	Seite 5, 31
Bundesländer	Seite 17
Chancengleichheit	Seite 19
Daseinsvorsorge	Seite 10, 14
Demografischer Wandel	Seite 11, 42
Duales System	Seite 8
Elementarbildung	Seite 12, 23
Energieversorgung	Seite 26, 31
Enquetekommission	Seite 11
Erneuerbare Energien	Seite 31, 32
Erwachsenenbildung	Seite 55
Erzieherinnen	Seite 12
EU	Seite 10, 14
Europa	Seite 14, 59, 60
Fahrrad	Seite 40
Familienpolitik	Seite 15/16
Finanzen	Seite 20, 21, 22, 57, 60
Flächenverbrauch	Seite 50
Föderalismusreform	Seite 17, 56
Forschung	Seite 25, 59, 60
Frauenpolitik	Seite 19
Ganztagsschule	Seite 45, 46, 47, 52
Gemeinschaftsschule	Seite 45
Gentechnik	Seite 5
Gesundheit	Seite 18, 60
Gewerbesteuer	Seite 33
Gleichstellung	Seite 19
Globalisierung	Seite 25, 26
Grundwasserschutz	Seite 50
Handwerk	Seite 35/36
Hauptschule	Seite 45
Haushalt	Seite 20, 21, 22
Haushaltskonsolidierung	Seite 20
Hochschule	Seite 13, 21, 22, 48, 59, 60
Hochwasserschutz	Seite 50, 51
HQZ	Seite 53
Industriepolitik	Seite 25/26
Inkompatibilität	Seite 41
Innere Sicherheit	Seite 27/28, 58, 60
Integration	Seite 29
Integriertes Rheinprogramm	Seite 51
Jugendpolitik	Seite 30, 57, 60
Justiz	Seite 28
Kinderbetreuung	Seite 12, 13, 15, 16
Kindergarten	Seite 12, 13, 15, 29

Klimaschutz	Seite	31/32, 35, 51
Kommunal финанzen	Seite	33
Kommunen	Seite	10, 16, 19, 33, 54, 60
Krankenhausbau	Seite	18
Landeserziehungsgeld	Seite	15
Landwirtschaft	Seite	5, 58
Lebenslanges Lernen	Seite	55
Lebensmittel	Seite	53
Lehrerbildung	Seite	24
Lehrerstellen	Seite	52
Luftreinhaltung	Seite	50
Mindestlohn	Seite	7
Mittelstand	Seite	25, 35/36
Naturpark	Seite	37
Naturschutz	Seite	37
NSI	Seite	38
Nullverschuldung	Seite	20
Ökologie	Seite	5
ÖPNV	Seite	39, 49
Online-Durchsuchung	Seite	27
Orientierungsplan	Seite	12
Parlamentsreform	Seite	41
Pflege	Seite	42
Polizei	Seite	27
Radwegenetz	Seite	40, 49
Recht	Seite	27, 57, 60
Rheintalbahn	Seite	43
Schienenverkehr	Seite	39, 43
Schulsozialarbeit	Seite	23
Schulkonferenz	Seite	44
Schulsystem	Seite	13, 44, 45/46
Sozialpolitik	Seite	18, 42, 59, 60
Sport	Seite	47, 57, 60
Sprachförderung	Seite	15, 29
Steuern	Seite	17, 20, 33
Straßenbau	Seite	34
Studiengebühren	Seite	22, 48
Stuttgart 21	Seite	43
Tarifautonomie	Seite	7, 35
Tariftreuegesetz	Seite	35
Tarifverbände	Seite	39
Tempolimit	Seite	32
Terrorbekämpfung	Seite	27
Tourismus	Seite	5, 49
Umweltpolitik	Seite	50, 59, 60
Universitäten	Seite	21/22
Unterrichtsversorgung	Seite	52
Verbraucherschutz	Seite	53, 60
Verkehrspolitik	Seite	34, 39, 43, 49, 60
Verwaltungsreform	Seite	38, 54
Volkshochschulen	Seite	55
Wahlrecht	Seite	30, 41
Weiterbildung	Seite	55
Windenergie	Seite	31
Wirtschaftspolitik	Seite	35, 36, 49, 58
Wohnungsbau	Seite	56

Parlamentsanträge

Die in dieser Broschüre aufgeführten Parlamentsanträge der SPD finden Sie alle auf der Homepage des Landtags: www.landtag-bw.de Gehen Sie einfach in den Bereich Dokumente und dann in die Parlamentsdokumentation. Dort können Sie die Drucksachenummer eingeben und schon wird der gesuchte Parlamentsantrag als PDF zum Herunterladen angezeigt.

Abo-Service

Die SPD-Landtagsfraktion gibt noch andere Publikationen heraus:

- **"Abgeordnete zum Greifen nah"** ist das kleine, handliche Heftchen mit allen Adressen, Ansprechpartnern und Funktionen.
- **"Wortmeldung"** ist das vierteljährlich erscheinende Bürgermagazin mit einer bunten Mischung aus Politik und Unterhaltung.
 - **"Standpunkt"** bringt umfangreichere Positionspapiere zu ausgewählten Zukunftsthemen.

Sie haben Interesse? Kein Problem, wir nehmen Sie gerne in unseren **Verteiler** auf.

Alle Publikationen sind natürlich kostenlos. Bestellungen richten Sie bitte an:

Telefon 0711 2063-728, Telefax 0711 2063-714

zentrale@spd.landtag-bw.de

Newsletter

Im **Newsletter** bekommen Sie aktuelle Infos über die politische Arbeit der SPD.

Immer einen Tag vor den Plenartagen erscheint die Ausgabe der Landtagsfraktion mit parlamentarischen Initiativen. Das Anmeldefenster finden Sie auf unserer Homepage

www.spd.landtag-bw.de Selbstverständlich erhalten Sie eine Bestätigungsmail.

Bildungsaufbruch

Die SPD-Landtagsfraktion hat unter dem Motto "Bildungsaufbruch in Baden-Württemberg" eine Kampagne für bessere Bildung für alle gestartet. Dazu gibt es folgende Materialien:

- Ein **Flyer** fasst Leitideen, Reformschritte und Mitmachangebote zusammen.
- Eine bebilderte **Broschüre** entfaltet auf 20 Seiten das Bildungskonzept der SPD.

www.spd.landtag-bw.de hat einen eigenen Kanal für den Bildungsaufbruch.

Dort gibt es viele Materialien als PDF. Natürlich findet man im Internet auch alle Ansprechpartner und landesweite Termine der Kampagne.



Landtags-
Fraktion

Baden-
Württemberg



SPD